Feltrinelli Reprint

In collaborazione con la Biblioteca dell'Istituto G. G. Feltrinelli

1967

Litografia D. Cislaghi - Rozzano - Milano

REVOLUTIONS-BIBLIOTHEK No. 11

Lenins 21 Punkte

DER II. KONGRESS DER III. INTERNATIONALE IN MOSKAU

REDEN UND BESCHLÜSSE
DER DELEGIERTEN LENIN,
RADEK, Dr. LEVI, SERRATI.

VERLAG GESELLSCHAFT UND ERZIEHUNG
G.m.b.H. BERLIN - FICHTENAU 1920

Einleitung.

Der Zweite Kongreß der Dritten Internationale war der endgültige Zusammenschluß der revolutionären Arbeiter aus aller Welt. Die Ueberzeugung, daß bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Kapitalismus in der Dialektik des Werdens jene Ueberspannung der Ausdehnung erreicht hat, die unweigerlich zu seiner Verwandlung in den Sozialismus umschlagen muß, machte sie felsenfest entschlossen, alle zur Verfügung stehenden Kräfte in den Dienst der proletarischen Revolution zu stellen. Von diesem Gesichtswinkel aus muß man die Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses betrachten, um sie zu begreifen. Nur so erklärt sich die Forderung zur bedingungslosen Einordnung in den straff disziplinierten Körper der Kommunistischen Internationale, die man Aufnahme heischenden Parteien stellte, nur so die rücksichtslose Kampfstellung gegen die opportunistischen, sozialimperialistischen und syndikalistisch angehauchten Parteigruppen verschiedener Kulturländer, nur so auch die vorsichtige Stellungnahme zum National-Bolschewismus der Kolonialvölker. Der Zweite Kongreß der Dritten Internationale machte aus der revolutionären Propagandagesellschaft, die sie in der Zeit des Ersten Kongresses und nach diesem war, eine Weltvereinigung proletarisch-revolutionärer Klassenkämpfer.

Die nachfolgende Sammlung bringt ungekürzt die hauptsächlichsten Beschlüsse des Kongresses, die große Rede Lenins zu Beginn der Verhandlungen mit nur wenigen Fortlassungen von Beispielen (aus Keynes Buch: „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages", Duncker & Humboldt, München 1920, vergl. auch „Kommunismus" Nr. 32, Wien 1920) und die übrigen Verhandlungsreden auszugsweise. Nicht in den Text einbezogen ist: G. Sinowjews Bericht des Exekutivkomitees der K.-I., Sinowjews Rede: „Die Rolle der Kommunistischen Partei in der Proletarischen Revolution" und manches Entwurfsmaterial, das enthalten ist in Sinowjews: „Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung". Auch Tschitscherins Ausführungen über: „Die internationale Politik zweier Internationalen" mußten in ihrer ganzen Vollständigkeit aus Raummangel unberücksichtigt bleiben. Alle diese Schriften sind schon vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationalen herausgegeben und durch die „Arbeiterbuchhandlung", Berlin S., Annenstr. 1, und Wien VIII, Alserstr., leicht erhältlich, von wo auch das im Text zitierte Buch von J. M. Braun: „Wer soll die Kriegsrechnung bezahlen?" zu bekommen ist. Das Material aus diesen Schriften nochmals wiederzugeben, hindert der Mangel an Raum, der dadurch bedingt war, daß unsere Broschüre nicht zu umfangreich werden durfte, um sie durch einen möglichst geringen Preis in die breitesten Schichten zu bringen.

Berlin, Mitte September 1920.

Arnd H. Stern.

Die Statuten der III. Internationale.

Im Jahre 1864 wurde in London die 1. Internationale Arbeiter-Assoziation — die 1. Internationale — gegründet. In den Generalstatuten dieser Internationalen Arbeiter-Assoziation hieß es:

„daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß;

daß der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse keinen Kampf für Klassenprivilegien und Monopole bedeutet, sondern den Kampf für gleiche Rechte und Pflichten und die Abschaffung aller Klassenherrschaft, daß die ökonomische Unterwerfung des Mannes der Arbeit unter den Monopolisten der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt, allem sozialen Elend, aller geistigen Degradation und politischen Abhängigkeit;

daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher das große Ziel ist, in dem jede Bewegung als Mittel untergeordnet sein muß,

daß alle Bestrebungen nach diesem großen Ziele bisher gescheitert sind an dem Mangel an Solidarität zwischen den mannigfachen Zweigen der Arbeit in jedem Lande und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bandes der Einigung zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder;

daß die Emanzipation weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein soziales Problem ist, welches alle Länder umfaßt, worin die moderne Gesellschaft existiert, und wobei eine Lösung abhängt von dem theoretischen und praktischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder;

daß das gegenwärtige gleichzeitige Wiederaufleben der Arbeiterbewegung in den industriellen Ländern Europas einerseits neue Hoffnungen erweckt, andererseits feierlich warnt vor dem Rückfall in die alten Irrtümer und zur sofortigen Kombination der bisher zusammenhanglosen Bewegung aufruft."

Die 2. Internationale, die im Jahre 1889 in Paris gegründet wurde, verpflichtet sich, das Werk der 1. Internationale fortzusetzen. Aber im Jahre 1914, zu Beginn des Weltmordens, erlitt sie völligen Zusammenbruch. Untergraben vom Opportunismus und gebrochen durch den Verrat der Führer, die auf die Seite der Bourgeoisie übergingen, brach die 2. Internationale zusammen.

Die 3. Kommunistische Internationale, gegründet im März 1919, in der Hauptstadt der russischen föderativen Sowjetrepublik Moskau, erklärt feierlich vor der ganzen Welt, daß sie es auf sich nimmt, das große Werk, welches von der 1. Internationalen Arbeiter-Assoziation begonnen wurde, fortzusetzen und zu Ende zu führen.

Die 3. Kommunistische Internationale bildete sich beim Abschluß des imperialistischen Krieges, 1914—1918, in welchem die imperialistische Bourgeoisie der verschiedenen Länder zwanzig Millionen Menschen opferte.

„Gedenke des imperialistischen Krieges!" Das ist das erste, womit die Kommunistische Internationale sich an jeden Werktätigen wendet, wo er auch leben mag, in welcher Sprache er auch sprechen mag. Gedenke dessen, daß dank des Bestehens der kapitalistischen Ordnung ein kleines Häuflein von Imperialisten die Möglichkeit hatte, im Verlauf von vier langen Jahren die Arbeiter der verschiedenen Länder zu zwingen, einander den Hals abzuschneiden! Gedenke dessen, daß der Krieg der Bourgeoisie über Europa und die ganze Welt die fürchterlichste Hungersnot und das entsetzlichste Elend heraufbeschwor! Gedenke dessen, daß ohne den Sturz des Kapitalismus die Wiederholung von derartigen Raubkriegen nicht nur nicht möglich, sondern unvermeidlich ist.

Die Kommunistische Internationale stellt sich zum Ziel: mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand, für den Sturz der Internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer Internationalen Sowjetrepublik, als Uebergangsstufe zur vollen Vernichtung des Staates, zu kämpfen. Die Kommunistische Internationale hält die Diktatur des Proletariats für das einzige Mittel, welches die Möglichkeit gibt, die Menschheit von den Greueln des Kapitalismus zu befreien. Und die Kommunistische Internationale hält die Sowjetmacht für die geschichtlich gegebene Form dieser Diktatur des Proletariats.

Der imperialistische Krieg hat die Geschichte der Arbeiter des einen Landes mit den Geschicken der Proletarier aller anderen Länder besonders eng verknüpft. Der imperialistische Krieg hat aufs neue bestätigt, was in den Generalstatuten der 1. Internationale gesagt war: die Emanzipation der Arbeiter ist weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein internationales Problem.

Die Kommunistische Internationale bricht ein für allemal mit der Ueberlieferung der 2. Internationale, für die in Wirklichkeit nur Menschen weißer Hautfarbe existierten. Die Kommunistische Internationale stellt sich die Befreiung der Werktätigen der ganzen Welt zur Aufgabe. In den Reihen der Kommunistischen Internationale vereinigten sich brüderlich Menschen weißer, gelber, schwarzer Hautfarbe — die Werktätigen der ganzen Erde.

Die Kommunistische Internationale unterstützt voll und ganz die Eroberungen der großen proletarischen Revolution in Rußland, der ersten siegreichen sozialistischen Revolution in der Weltgeschichte, und ruft die Proletarier der ganzen Welt auf, denselben Weg zu gehen. Die Kommunistische Internationale verpflichtet sich, jede Sowjetrepublik zu unterstützen, wo immer sie auch geschaffen wird.

Die Kommunistische Internationale weiß: um den Sieg schneller zu erringen, muß die um die Vernichtung des Kapitalismus und für die Schaffung des Kommunismus kämpfende Arbeiter-Assoziation eine straff zentralisierte Organisation besitzen. Die Kommunistische Internationale muß wirklich und in der Tat eine einheitliche Kommunistische Partei der ganzen Welt darstellen. Die Parteien, die in jedem Lande arbeiten, erscheinen nur als ihre einzelnen Sektionen. Der Organisationsapparat der Kommunistischen Internationale muß den Arbeitern eines jeden Landes die Möglichkeit gewährleisten, in jedem gegebenen Moment die größtmöglichste Hilfe von den organisierten Proletariern der übrigen Länder zu erhalten.

Zu diesem Zweck bestätigt die Kommunistische Internationale folgende Punkte des Statuts:

§ 1. Die neue internationale Arbeitervereinigung ist geschaffen zur Organisierung von gemeinsamen Aktionen der Proletarier der verschiedenen Länder, die das eine Ziel anstreben: Sturz des Kapitalismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats und einer internationalen Sowjetrepublik zur vollen Beseitigung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der Kommunistischen Gesellschaft.

§ 2. Die neue Internationale Arbeitervereinigung nennt sich: „Kommunistische Internationale".

§ 3. Alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien tragen den Namen: „Kommunistische Partei des und des Landes (Sektion der Kommunistischen Internationale).

§ 4. Die höchste Instanz der Kommunistischen Internationale ist der Weltkongreß aller ihr angehörenden Parteien und Organisationen. Der Weltkongreß tritt regelmäßig einmal jährlich zusammen. Der Weltkongreß allein ist berufen, das Programm der Kommunistischen Internationale zu ändern. Der Weltkongreß berät und beschließt über die wichtigsten Fragen des Programms und der Taktik, die mit der Tätigkeit der Kommunistischen Internationale zusammenhängen. Die Zahl der auf jede Partei oder Organisation entfallenden beschließenden Stimmen wird durch besonderen Kongreßbeschluß bestimmt.

§ 5. Der Weltkongreß wählt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, welches das leitende Organ der Kommunistischen Internationale

in der Zeit zwischen den Weltkongressen der Kommunistischen Internationale ist. Das Exekutivkomitee ist nur dem Weltkongreß verantwortlich.

§ 6. Der Sitz des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wird jeweils im Weltkongreß der Kommunistischen Internationale bestimmt.

§ 7. Ein außerordentlicher Weltkongreß der Kommunistischen Internationale kann entweder auf Beschluß des Exekutivkomitees oder auf das Verlangen der Hälfte der Parteien, die zur Zeit des letzten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale angehört haben, einberufen werden.

§ 8. Die Hauptarbeit des Exekutivkomitees lastet auf der Partei des Landes, wo auf Beschluß des Weltkongresses das Exekutivkomitee seinen Sitz hat. Die Partei des betr. Landes entsendet fünf ihrer Vertreter in das Exekutivkomitee mit beschließender Stimme. Außerdem entsenden die zehn bedeutendsten Kommunistischen Parteien, deren Liste von dem ordentlichen Weltkongreß bestätigt wird, je einen Vertreter mit beschließender Stimme in das Exekutivkomitee. Den anderen in die Kommunistische Internationale aufgenommenen Organisationen und Parteien steht das Recht zu, je einen Vertreter mit beratender Stimme in das Exekutivkomitee zu delegieren.

§ 9. Das Exekutivkomitee leitet die gesamte Arbeit der Kommunistischen Internationale von einer Tagung bis zur anderen, gibt in mindestens vier Sprachen das Zentralorgan der Kommunistischen Internationale (die Zeitschrift „Kommunistische Internationale") heraus, tritt mit den erforderlichen Aufrufen im Namen der Kommunistischen Internationale hervor und gibt für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Organisationen und Parteien bindende Richtlinien. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, von den ihr angehörenden Parteien den Ausschluß von Gruppen und Personen zu verlangen, die die internationale Disziplin verletzen und ebenso diejenigen Parteien aus der Kommunistischen Internationale auszuschließen, welche gegen die Beschlüsse des Weltkongresses verstoßen. Diese Parteien haben das Recht, Berufung beim Weltkongreß einzulegen. Im Bedarfsfalle organisiert das Exekutivkomitee in den verschiedenen Ländern seine technischen und anderen Hilfsbureaus, die völlig dem Exekutivkomitee untergeordnet sind. Die Vertreter des Exekutivkomitees erledigen ihre politischen Aufgaben im engsten Kontakt mit der Parteizentrale des betreffenden Landes.

§ 10. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, Vertreter von solchen Organisationen und Parteien mit beratender Stimme in seiner Mitte aufzunehmen, die zwar der Kommunistischen Internationale nicht angehören, aber mit ihr sympathisieren und ihr nahe stehen.

§ 11. Die Organe aller Parteien und aller Organistionen, die der Kommunistischen Internationale angehören, und die zu den für die Kommunistische Internationale Sympathisierenden zählen, sind verpflichtet, alle offiziellen Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und seines Exekutivkomitees zum Abdruck zu bringen.

§ 12. Die allgemeine Lage in ganz Europa und Amerika zwingt die Kommunisten der ganzen Welt zur Schaffung illegaler kommunistischer Organisationen neben der legalen Organisation. Das Exekutivkomitee ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß das überall praktisch verwirklicht wird.

§ 13. In der Regel wird der politische Verkehr zwischen den einzelnen der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale geführt. In dringenden Fällen geht der Verkehr direkt, aber gleichzeitig wird davon dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale Mitteilung gemacht.

§ 14. Die auf dem Boden des Kommunismus stehenden, im internationalen Maßstabe unter der Leitung der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Gewerkschaften bilden eine Gewerkschaftssektion der Kommunistischen Internationale. Diese Gewerkschaften delegieren ihre Vertreter zu den Weltkongressen der Kommunistischen Internationale durch die kommunistischen Parteien der betreffenden Länder. Die Gewerkschaftssektion der Kommunistischen Internationale entsendet einen Vertreter in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale mit beschließender Stimme. Das Exekutivkomitee

der Kommunistischen Internationale hat das Recht, einen Vertreter mit beschließender Stimme in die Gewerkschaftssektion der Kommunistischen Internationale zu entsenden.

§ 16. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale bestätigt den internationalen Sekretär der kommunistischen Frauenbewegung und organisiert die Frauensektion der Kommunistischen Internationale.

§ 17. Bei Uebersiedlung aus einem Lande in ein anderes begegnet ein jedes Mitglied der Kommunistischen Internationale brüderlicher Unterstützung seitens der dortigen Mitglieder der 3. Internationale.

Die Verhandlungen.

Am 18. wurde in Petrograd der zweite Kongreß der 3. Internationale feierlich eröffnet. Um 12 Uhr mittags versammelten sich in dem feierlich geschmückten Saal des Palais Uritzki die Führer der revolutionären Arbeiter aus aller Welt.

Im Auftrag des Exekutivkomitees eröffnete Sinowjew die Sitzung. Er gedachte zunächst der vielen Genossen, die ihr Leben für die Sache der kommunistischen Internationale geopfert haben.

Dann schilderte Sinowjew die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung in den letzten fünfzehn Monaten, seit dem Gründungskongreß der 3. Internationale. Dann wurde einstimmig das Präsidium des Kongresses gewählt, dem angehören: Levi (Deutschland), Dosmer (Frankreich), Serrati (Italien), Lenin und Sinowjew (Rußland).

Viele Organisationen wünschten den Kongreß zu begrüßen. Wegen der Kürze der Zeit wurde das Wort nur dem Vorsitzenden des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees der Sowjets, Kalinin, erteilt, der mit einer Ovation empfangen wurde. Im Namen der Arbeiter und Bauern begrüßt er den Kongreß und erinnert an die ungeheuren Opfer, die kolossale Energie, die in den letzten Jahren im Kampfe für das Wohl der Arbeiter gegen die ganze Weltbourgeoisie aufgebracht wurden. Darum wenden sie sich gen Westen und erwarten die Unterstützung des Weltproletariats. Kalinin drückt den Wunsch aus, daß der Kongreß ein Anfang zu dem unmittelbaren Kampf der Völker des Westens und des Ostens um die Befreiung des Weltproletariats werde.

Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen folgende Fragen: 1. Bericht des Exekutivkomitees über seine Tätigkeit; 2. Bericht der Parteien; 3. die internationale Lage und die Aufgabe der Kommunistischen Internationale. (Die Berichte lagen gedruckt vor und wurden an die Mitglieder verteilt.) Zum 3. Punkt der Tagesordnung erhält Lenin, vom Kongreß stürmisch begrüßt, das Wort:

Genossen! Die Thesen zu den Fragen der Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale sind in allen Sprachen veröffentlicht worden; sie enthalten für die russischen Genossen nichts wesentlich Neues, denn in ihnen werden verschiedene Grundzüge unserer revolutionären Erfahrungen und die Lehren unserer revolutionären Bewegung zusammengefaßt und für eine Reihe von westlichen Ländern, für Westeuropa, ausgenutzt.

Die Grundlage für die ganze internationale Lage, wie sie augenblicklich besteht, bilden die ökonomischen Beziehungen des Imperialismus. Im Laufe des ganzen 20. Jahrhunderts ist diese neue höchste und letzte Stufe des Kapitalismus vollkommen klar geworden. Ihr wißt natürlich alle, daß diese charakteristischsten und wesentlichsten Züge des Imperialismus darin bestehen, daß das Kapital einen ungeheuren Umfang erreicht hat. An die Stelle der freien Konkurrenz ist ein Monopol von gigantischem Umfang getreten. Eine kleine Zahl von Kapitalisten konnte in ihren Händen oft ganze Industriezweige konzentrieren. Auf diesem Boden entwickelt sich die vorher noch nicht dagewesene Herrschaft einer kleinen Zahl von Großbankiers, von Finanzkönigen, von Finanzmagnaten, die selbst die freiesten Republiken in Finanzmonarchien umwandelten.

Diese Herrschaft eines kleinen Häufleins von Kapitalisten ist zur vollen Entwicklung gelangt, als die ganze Erdkugel, und zwar nicht nur die Rohstoffquellen und Produktionsmittel, sondern auch die Kolonien unter den Großkapitalisten aufgeteilt war.

Aus dieser Aufteilung der Erde, aus dieser Herrschaft des kapitalistischen Monopols, aus dieser Allmacht einer kleinen Zahl von Großbanken, zwei, drei, vier, fünf, nicht mehr in jedem Staat, mußte unvermeidlich der erste imperialistische Krieg entstehen. In diesem Krieg handelte es sich um eine Neueinteilung der Welt. Der Krieg wurde geführt, um zu entscheiden, welcher der beiden Gruppen der Großmächte, Englands oder Deutschlands, die Möglichkeit und das Recht gegeben wird, die ganze Erde auszubeuten und zu plündern. Ihr wißt, daß der Krieg diese Frage zugunsten der Engländergruppe gelöst hat, und das Resultat dieses Krieges ist eine scharfe Zuspitzung aller kapitalistischen Gegensätze. Der Krieg hat gegen eine viertel Milliarde Menschen in eine Lage gebracht, die einer kolonialen Lage gleichkommt; in Ländern, die zum Teil wie Deutschland, zu den fortgeschrittensten, gebildetsten und kultiviertesten, in technischer Beziehung auf dem Niveau des modernsten Fortschritts stehenden, gehören. Durch den Versailler Frieden wurden fortgeschrittenen Völkern Bedingungen aufgezwungen, die sie in den Zustand kolonialer Abhängigkeit, Armut, Hunger, Verwüstung und Rechtlosigkeit versetzen, denn der Vertrag hat sie für viele Generationen hindurch gebunden, sie sind in Verhältnisse gestellt, unter denen noch kein zivilisiertes Volk gelebt hat. Folgendes Weltbild bietet sich uns dar: nach dem Krieg befinden sich plötzlich nicht weniger als eine und eine viertel Milliarde Menschen in kolonialer Abhängigkeit und müssen sich vom Kapitalismus ausbeuten lassen, der stets mit seiner Friedensliebe protzte und der vor 50 Jahren, als die Erde noch nicht aufgeteilt war, ein gewisses Recht hatte, davon zu sprechen.

Jetzt haben wir es mit einer noch viel stärkeren Unterdrückung zu tun, wir sind zurückgekehrt zu einem kolonialen und militärischen Joch, das viel schlimmer ist, als es früher war.

Der Versailler Friedensvertrag hat Deutschland und eine ganze Reihe anderer Staaten in Verhältnisse gestellt, die ihre wirtschaftliche Existenz materiell unmöglich machen. Sie sind vollständig rechtlos gemacht und erniedrigt worden.

Welche Zahl von Nationen zieht hieraus ihren Nutzen? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns vergegenwärtigen, daß die Zahl der Bevölkerung der Vereinigten Staaten Amerikas, die die einzigen sind, die durch den Krieg gewonnen haben, 100 Millionen beträgt. Die Bevölkerung Japans, das sehr viel gewonnen hat, da es abseits vom europäisch-amerikanischen Konflikt stand und von einem großen Teil asiatischen Festlandes Besitz ergriffen hat, zählt 50 Millionen. England, das nach diesen Ländern am meisten gewonnen hat, zählt eine Bevölkerung von 50 Millionen. Fügt man hier noch die neutralen Staaten mit geringer Bevölkerungszahl hinzu, die während des Krieges reich geworden sind, so erhalten wir die runde Zahl von einer viertel Milliarde.

Das ist in seinen Grundzügen das Bild der Welt, wie es sich nach dem imperialistischen Krieg darstellt: Eine und eine viertel Milliarde Menschen in Ländern, die aus dem Krieg heil hervorgegangen sind. Sie alle aber sind in wirtschaftliche Abhängigkeit von Amerika geraten, sie alle waren während des Krieges auch in militärischer Abhängigkeit, denn der Krieg hat die ganze Welt erfaßt und keinem Staat erlaubt, wirklich neutral zu bleiben. Und wir haben schließlich nicht mehr als eine viertel Milliarde Bevökerung in Ländern, in denen natürlich nur die Spitzen, nur die Kapitalisten von der Aufteilung der Welt den Nutzen davontragen. Die Summe der Bevölkerung der ganzen Welt beträgt eine und dreiviertel Milliarden. Genossen, es ist selbstverständlich, daß durch eine solche Teilung der Bevölkerung der ganzen Welt die Ausbeutung durch das Finanzkapital um ein Vielfaches gestiegen ist. Nicht nur die kolonialen besiegten Länder sind in eine abhängige Lage geraten, sondern auch innerhalb eines jeden dieser Länder haben sich scharfe Gegensätze entwickelt, alle kapitalistischen Gegensätze haben sich zugespitzt.

Welche Schuldenbeziehungen bestehen zwischen den Hauptmächten? Ich rechne das Pfund Sterling in Goldrubel um, und zwar ein Pfund Sterling zehn Goldrubel.

Wir erhalten folgendes Bild: Die Vereinigten Staaten haben Aktiven von 19 Milliarden und keine Passiven. Vor dem Krieg waren sie Europas Schuldner. Genosse Levi hat auf dem letzten Parteitag der K.P.D., am 14. April 1920, in seinem Referat sehr richtig darauf hingewiesen, daß nur zwei Mächte geblieben sind, die jetzt in der Welt selbständig hervortreten können: England

und Amerika. In finanzieller Beziehung vollständig selbständig ist nur Amerika. Vor dem Kriege war es Schuldner, und jetzt ist es nur Gläubiger. Alle anderen Mächte der Welt tragen Schulden. England ist in einer solchen Lage, daß die Aktiven 17 Milliarden, die Passiven 8 Milliarden betragen, es ist also schon halb in die Lage eines Schuldners geraten. Dazu sind in den Aktiven die 6 Milliarden einberechnet, die Rußland ihm schuldet. Auch die Kriegsvorräte, die Rußland während des Krieges angeschafft hat, werden als Schuld angerechnet. Vor kurzem, als Krassin, als Vertreter der russischen Sowjetregierung, Gelegenheit hatte, mit Lloyd George über das Thema der Schuldenverträge zu sprechen, setzte er den Gelehrten und Politikern, den Führern der englischen Regierung auseinander, daß sie sich im Irrtum befänden, wenn sie darauf rechneten, von Rußland das Geld wiederzubekommen; diesen Irrtum hatte der englische Diplomat Keynes schon vorher aufgedeckt.

Es handelt sich natürlich nicht nur darum; und auch nicht darum, daß die russische revolutionäre Regierung die Schulden nicht bezahlen will; es gibt keine Regierung, die sie bezahlen könnte, denn in dieser Schuld ist wucherischerweise all das zusammengerechnet, was schon zwanzigmal bezahlt ist.

Was Frankreich anbetrifft, so führt Keynes folgende Zahlen an: seine Aktiven betragen 3½ Milliarden, seine Passiven 10½ Milliarden, und so steht es im Land, dessen „Ersparnisse" so ungeheuer groß waren, daß die Franzosen stets selber sagten, ihr Land sei der Bankier der ganzen Welt. Der koloniale und finanzielle Raub, der Frankreich ein kolossales Kapital zutrug, gab die Möglichkeit, Milliarden und Abermilliarden, besonders an Rußland, zu verleihen. Diese Anleihen waren von großem Vorteil für Frankreich, und trotz des Sieges ist Frankreich in die Lage eines Schuldnes geraten.

Nach einer bürgerlichen amerikanischen Quelle, die der Kommunist J. M. Braun in seinem Buche: „Wer soll die Kriegsrechnung bezahlen?" anführt, wird die Schuld der einzelnen Länder als Prozentsatz ihres Nationalvermögens folgendermaßen angegeben: In den Siegerländern England und Frankreich betragen die Schulden mehr als 50 Prozent des Nationalvermögens, in Italien 60—70 Proz., in Rußland gegen 90 Prozent; aber, wie Ihr wißt, beunruhigen uns diese Schulden nicht, denn wir haben den Rat von Keynes befolgt, noch bevor sein Buch erschien. Wir haben unsere Schulden annulliert.

Aus diesen wenigen Zahlen ist ersichtlich, daß der imperialistische Krieg auch für die Siegerländer eine unmögliche Lage geschaffen hat. Davon zeugt auch der Umstand, wie wenig der Verdienst dem Steigen der Preise entspricht. Der „Oberste Wirtschaftsrat" hat am 8. März d. J. eine Resolution verfaßt, die mit einem Aufruf zur Ordnung, zur Arbeit und Sorgfalt schließt, natürlich unter der Bedingung, daß die Arbeiter die Sklaven des Kapitals bleiben, er zieht folgendes Fazit:

Die Lebensmittelpreise sind in den Vereinigten Staaten durchschnittlich um 120 Prozent gestiegen, der Arbeitslohn nur um 100 Prozent; in England die Lebensmittelpreise um 170 Prozent, der Arbeitslohn um 130 Prozent; in Frankreich die Lebensmittel um 300 Prozent, die Arbeitslöhne um 200 Prozent; in Japan die Lebensmittel um 130 Prozent, der Arbeitslohn um 60 Prozent.

Es ist klar, daß bei einer solchen Lage das Anwachsen der Empörung der Arbeiter, das Anwachsen der revolutionären Stimmungen und Ideen, das Anwachsen der elementaren Massenstreiks unvermeidlich ist, denn die Lage der Arbeiter wird unerträglich Die Arbeiter überzeugen sich in der Praxis, daß die Kapitalisten sich am Krieg bereichert haben, die Schulden aber auf die Schultern der Arbeiter abwälzen. Vor kurzem ist uns telegraphisch mitgeteilt worden, daß Amerika noch 500 Kommunisten nach Rußland ausweisen will, um die „schädlichen Agitatoren" loszuwerden. Wenn Amerika nicht 500, sondern ganze 50 000 russischer, amerikanischer, japanischer, französischer Agitatoren ausweisen wollte, so würde das an der Sache nichts ändern, denn das Mißverhältnis zwischen Lebensmittelpreisen und Arbeitslohn, an dem sich nichts ändern könnte, würde bestehen bleiben. Und ändern können sie daran nichts, weil das Privateigentum bei ihnen streng gewahrt wird, weil es ihnen „heilig" ist. An diesem Mißverhältnis zwischen Preisen und Lohn können die Kapitalisten nichts ändern, die Arbeiter aber können unter solchen Verhältnissen nicht leben. Dieses Uebel

kann mit den alten Mitteln nicht bekämpft werden, weder durch einzelne Streiks, noch durch parlamentarischen Kampf oder durch Abstimmungen kann irgend etwas erzielt werden, denn das Privateigentum ist „heilig", und die Kapitalisten haben solche Schulden aufgehäuft, daß die ganze Welt von einer Handvoll Menschen versklavt ist, die Lebensverhältnisse der Arbeiter aber werden immer unerträglicher. Es gibt nur einen Ausweg, — die Beseitigung des Privateigentums der Ausbeuter.

Genosse Lalinski hat in seiner Broschüre „England und die Weltrevolution", aus unserm Nachrichtenblatt des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten" im Februar 1920 wertvolle Auszüge veröffentlicht und darauf hingewiesen, daß in England die Ausfuhrpreise für Kohle sich als doppelt so hoch erwiesen haben, als die offiziellen Industriekreise es angenommen hatten.

In Lancashire ist es so weit gekommen, daß die Aktienwerte um 400 Prozent gestiegen sind. Die Banken weisen als Minimum ein Einkommen von 40 bis 50 Prozent auf, wobei darauf hingewiesen werden muß, daß beim Feststellen des Einkommens der Banken die Bankiers es verstehen, den Löwenanteil des Einkommens geheim zu buchen, so daß es nicht als Einkommen gilt, sondern unter Gratifikationen, Tantiemen usw. versteckt wird. So zeigen auch hier die wirtschaftlichen Tatsachen, die nicht angefochten werden können, daß der Reichtum eines kleinen Häufleins von Menschen unerhört gestiegen ist; der Luxus übersteigt alle Grenzen und gleichzeitig wird die Not der Arbeiterklasse immer stärker. Besonders bemerkenswert ist noch ein Umstand, den Genosse Levi in seinem obenerwähnten Referat außerordentlich anschaulich nachgewiesen hat: das ist die Aenderung des Geldwertes. Das Geld ist infolge der Schulden, des Papiergeldes usw., überall entwertet. Dieselbe bürgerliche Quelle, die ich schon angeführt habe, die Erklärung des „Obersten Wirtschaftsrates" vom 8. März 1920 führt an, daß in England der Wert des Geldes im Vergleich zum Dollar um ⅓ gesunken ist, in Frankreich und Italien um ⅔, in Deutschland bis zu 96%.

Diese Tatsache zeigt, daß der Mechanismus der kapitalistischen Weltwirtschaft vollkommen auseinanderfällt. Diejenigen Handelsbeziehungen, auf denen im Kapitalismus der Ankauf von Rohstoffen und der Absatz von Waren beruhen, können nicht mehr aufrechterhalten werden; sie können nicht aufrechterhalten werden auf dem Boden der Unterordnung einer ganzen Reihe von Ländern unter ein Land, weil der Wert des Geldes sich geändert hat. Ein einzelnes reiches Land kann nicht existieren und hat keine Möglichkeit, Handel zu treiben, weil es seine Waren nicht verkaufen und keine Rohstoffe erhalten kann.

Aus all dem lassen sich zwei wichtige und grundlegende Schlußfolgerungen ziehen: Einerseits ist die Not, die Verarmung der Massen unerhört gestiegen, und davon werden eine und eine Viertel Milliarde Menschen, d. h. 70 Prozent der ganzen Erdbevölkerung betroffen. Das sind die unabhängigen Kolonialländer, deren Bevölkerung entrechtet ist, Länder, über die Finanzräuber ein „Mandat" bekommen haben. Die Versklavung der besiegten Länder ist durch den Versailler Frieden noch stärker geworden, und diejenigen Geheimverträge, die Rußland betreffen, haben meist nicht mehr Bedeutung, als die Papierchen, auf denen geschrieben steht, daß wir so und so viel Milliarden schulden. Wir haben es in der Weltgeschichte mit dem ersten Fall der gesetzmäßigen Begünstigung von Ausplünderung, Versklavung, Abhängigkeit, Not und Hunger gegenüber einer und einer viertel Milliarde von Menschen zu tun. Andererseits sind auch in den Ländern, die zu Gläubigern geworden sind, die Arbeiter in eine unerträgliche Lage geraten. Der Krieg hat eine unerhörte Verschärfung aller kapitalistischen Gegensätze mit sich gebracht; das ist die Ursache der tiefen revolutionären Gärung, die immer mehr anschwillt, denn während des Krieges herrschte überall militärische Disziplin, die Menschen mußten sich entweder vor die Kanonen werfen lassen oder es drohte ihnen sofortige militärische Bestrafung. Im Krieg machten die Verhältnisse es unmöglich, sich die Wirklichkeit vom wirtschaftlichen Standpunkt näher anzusehen. Schriftsteller, Dichter Geistliche, die ganze Presse, alles verherrlichte den Krieg. Jetzt, wo der Krieg zu Ende ist, haben die Entlarvungen begonnen. Entlarvt ist der deutsche Imperialismus mit seinem Brester Frieden, der den Sieg des Imperialismus bedeuten sollte und zu seiner Niederlage geworden ist.

Wenn einerseits die wirtschaftliche Lage der Massen unerträglich geworden ist, wenn andererseits in der kleinen Minderheit der allmächtigen Siegerländer ein Zerfall eingesetzt hat und immer stärker wird, wie es Keynes schildert, so ist gerade dadurch das Anwachsen der Vorbedingungen für die Weltrevolution gegeben.

Wir haben jetzt ein etwas vollständigeres Bild der Welt vor Augen. Wir wissen, was die Abhängigkeit von einer und einer Viertel Milliarde Menschen, die in unmögliche Existenzbedingungen gestellt sind, von einem Häuflein reich Gewordener bedeutet. Als den Völkern der Vertrag des Völkerbundes beschert wurde, demzufolge der Völkerbund erklärt, daß er die Kriege eingestellt habe und niemanden mehr gestatten würde, den Frieden zu gefährden, als dieser Vertrag, als letzte Hoffnung der werktätigen Massen der ganzen Welt, in Kraft trat, da stellte er sich als großer Sieg für uns heraus. Als der Vertrag noch nicht bekannt war, da sagte man: Man kann ein solches Land wie Deutschland nicht in besondere Verhältnisse stellen, wenn der Vertrag erst da sein wird, dann werdet ihr sehen, wie sich alles zum Guten wendet. Als aber der Vertrag veröffentlicht wurde, da mußten selbst die wütenden Gegner des Bolschewismus ihn ablehnen. Als der Vertrag bekannt wurde, da erwies es sich, daß die verschwindend kleine Gruppe von reichen Ländern, das vierblättrige Kleeblatt, Clemenceau, Lloyd George, Orlando und Wilson, durch ihn berufen wurden, neue Beziehungen herzustellen. Als man die Maschine des Vertrages in Gang bringen wollte, da versagte sie. Das haben wir an den Kriegen gegen Rußland gesehen. Das schwache, verwüstete, zerrüttete Rußland, das rückständigste Land, gegen alle Nationen, gegen den Verband der reichen Staaten und Mächte, die die ganze Erde beherrschen, und trotzdem ist es Sieger geblieben. Wir waren nicht imstande, eine auch nur einigermaßen gleichwertige Macht entgegenzustellen, und trotzdem war der Sieg auf unserer Seite. Warum? Weil bei ihnen keine Einheit herrschte, weil eine Macht gegen die andere handelte. Frankreich wollte, daß Rußland seine Schulden bezahle und daß es Deutschland als drohende Macht gegenüberstehe; England wollte Rußland aufteilen; England versuchte, das Naphtha in Baku für sich zu gewinnen und mit den Randstaaten Rußlands Verträge abzuschließen. In englischen offiziellen Dokumenten werden mit außerordentlicher Gewissenhaftigkeit alle Staaten aufgezählt (es waren ihrer 14), die vor einem halben Jahre, im Dezember 1919, das Versprechen gaben, Moskau und Petrograd zu erobern. Auf diesen Staaten baute England seine Politik auf, diesen Staaten gab England Anleihen von Millionen und Abermillionen. Jetzt aber hat diese ganze Politik Schiffbruch erlitten. Das ist die Lage, die der Völkerbund geschaffen hat. Jeder Tag der Existenz dieses Vertrages ist die beste Agitation für den Bolschewismus, denn die mächtigsten Anhänger der kapitalistischen „Ordnung" zeigen, daß sie sich in jeder Frage gegenseitig ein Bein stellen. Um die Aufteilung der Türkei, Persiens, Mesopotamiens, Chinas ist ein wütender Streit zwischen Amerika und Frankreich entbrannt. Die bürgerliche Presse dieser Länder ist voll von wütenden Angriffen gegen ihre Kollegen, weil diese ihnen vor der Nase die Beute wegholen. Wir sehen in diesem kleinen Häuflein reicher Länder einen vollständigen Zerfall. Für eine und eine Viertel Milliarde Menschen ist es unmöglich, ein Leben zu führen, wie es der „vorgeschrittene" und zivilisierte Kapitalismus ihnen aufzwingen will, und dabei handelt es sich um 70 Prozent der Erdbevölkerung. Das kleine Häuflein der reichsten Mächte aber, England, Amerika und Japan, das die Möglichkeit hatte, die asiatischen Länder auszuplündern, das aber keine selbständige finanzielle und militärische Macht ohne Unterstützung eines anderen Landes aufstellen kann, diese zwei bis drei Länder sind nicht imstande, die wirtschaftlichen Beziehungen zu regeln, und die Politik der verschiedenen Mitglieder des Völkerbundes ist gegeneinander gerichtet. Hieraus entsteht die Weltkrise. Und diese wirtschaftlichen Wurzeln der Krise sind der Hauptgrund dafür, daß die Kommunistische Internationale so glänzende Erfolge zu verzeichnen hat.

Genossen, wir sind jetzt zur Frage der revolutionären Krise als Grundlage unserer revolutionären Tat gekommen, und hier müssen vor allem zwei sehr verbreitete Fehler festgestellt werden. Einerseits stellen die bürgerlichen Wirtschaftler diese Krise als einfache „Beunruhigung", wie sich die Engländer so

schon ausdrücken, dar. Andererseits sind die Revolutionäre oft bemüht, nachzuweisen, daß diese Krise eine absolut aussichtslose sei. Das ist ein Fehler. Absolut aussichtslose Lagen gibt es nicht. Die Bourgeoisie benimmt sich wie ein frecher Räuber, der seinen Kopf verloren hat, sie macht eine Dummheit nach der andern, verschärft die Lage und beschleunigt den eigenen Untergang. Das ist alles richtig. Aber man kann nicht „beweisen", daß es absolut keine Möglichkeit gäbe, daß es ihr nicht gelingen könnte, eine bestimmte Zahl von Ausgebeuteten durch Konzessionen wieder zu beruhigen oder, daß es ihr nicht möglich wäre, eine Bewegung oder einen Aufstand eines bestimmten Teiles der Unterdrückten und Ausgebeuteten im Keime zu ersticken. Die „absolute" Ausweglosigkeit „nachweisen" wollen, wäre eine leere Pedanterie oder ein Spiel mit Begriffen und Worten. Den wirklichen „Beweis" für diese und ähnliche Fragen kann nur die Praxis ergeben. Die bürgerliche Gesellschaft der ganzen Welt macht augenblicklich eine revolutionäre Krise durch. Jetzt muß die Praxis der revolutionären Parteien „bewiesen" werden, daß sie klassenbewußt, organisiert, entschlossen genug sind, daß sie innig genug mit den ausgebeuteten Massen in Verbindung stehen, um diese Krise für eine erfolg- und siegreiche Revolution auszunutzen.

Um diese „Beweise" vorzubereiten, haben wir uns hauptsächlich auf diesem Kongreß der Kommunistischen Internationale zusammengefunden.

Als Beispiel dessen, wie sehr unter den Parteien, die sich der 3. Internationale anschließen wollen, noch Opportunismus herrscht, wie weit entfernt noch die Arbeit verschiedener Parteien von der Vorbereitung der revolutionären Krise ist, will ich den Führer der englischen „Independent Labour Party", Ramsey Macdonald, zitieren. In seinem Buch: „Parlament und Revolution", das gerade denselben grundlegenden Fragen gewidmet ist, die jetzt auch uns beschäftigen, schildert Macdonald die Sachlage ungefähr im Sinne der bürgerlichen Pazifisten. Er anerkennt, daß die revolutionäre Krise vorhanden ist, daß die revolutionäre Stimmung stets wächst, daß die Arbeitermassen der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats mit Sympathie gegenüberstehen (in England), daß die Diktatur des Proletariats besser sei als die jetzige Diktatur der englischen Bourgeoisie

Aber Macdonald bleibt ein durch und durch bürgerlicher Pazifist und Kompromißler, ein Kleinbürger, der von einer Regierung, die keine Klassenregierung sei, träumt. Macdonald anerkennt den Klassenkampf nur als „umschriebene Tatsache", ebenso wie alle Lügner, Sophisten und Pedanten der Bourgeoisie. Macdonald übergeht mit Schweigen die Erfahrung mit Kerenski, den Menschewiki und Sozialrevolutionären in Rußland, die ähnlichen Erfahrungen in Ungarn, Deutschland usw. In bezug auf die Bildung einer „demokratischen" Regierung, die angeblich außerhalb der Klassen stand, Macdonald beruhigt seine Partei und diejenigen Arbeiter, die das Unglück haben, in diesem Bourgeois einen Sozialisten und in diesem Philister einen Führer zu sehen, mit den Worten: „Wir wissen, daß sie, die revolutionäre Krise, die evolutionäre Gärung, wieder vergehen wird, daß alles wieder in Ordnung kommt." Der Krieg mußte eine Krise hervorrufen, aber nach dem Krieg wird alles, wenn auch nicht auf einmal, „wieder in Ordnung kommen".

Und das schreibt ein Mensch, der Führer einer Partei ist, die sich der 3. Internationale anschließen will. Wir haben es hier mit einem seiner Offenheit nach seltenen und um so wertvolleren Bekenntnis dessen zu tun, was sich oft in den obersten Schichten der französischen sozialistischen und der Deutschen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bemerkbar macht. Nicht nur das Verständnis, sondern auch der Wille, die revolutionäre Krise in revolutionärem Sinne auszunutzen, fehlt, oder, mit anderen Worten, es fehlen das Verständnis und der Wille, eine wirklich revolutionäre Arbeit in der Partei und in der Arbeiterklasse zur Vorbereitung der Diktatur des Proletariats zu entfalten.

Das ist das Grundübel sehr vieler Parteien, die jetzt aus der 2. Internationale ausgetreten sind. Und darum habe ich in den Thesen, die ich diesem Kongreß vorgeschlagen habe, der möglichst konkreten und genauen Formulierung der Aufgaben der Vorbereitung zur Diktatur des Proletariats besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Noch ein Beispiel. Vor kurzem ist ein neues Buch gegen den Bolschewismus veröffentlicht worden. In Europa und Amerika erscheinen jetzt außerordentlich viele solcher Bücher, und je mehr Bücher gegen den Bolschewismus geschrieben werden um so stärker und rascher wachsen in den Massen die Sympathien für ihn Ich spreche von dem Buche Otto Bauers: „Bolschewismus oder Sozialdemokratie". Hier wird den Deutschen genau auseinandergesetzt, was der Menschewismus ist, dessen schändliche Rolle in der russischen Revolution den Arbeitern aller Länder klar genug geworden ist. Otto Bauer hat ein durch und durch menschewistisches Pamphlet von sich gegeben, obgleich er seine Sympathie für den Menschewismus nicht offen zugibt. Es ist aber notwendig, in Europa genauere Kenntnisse über das zu verbreiten, was der Menschewismus ist; denn er ist zu einem Gattungsnamen für alle angeblich sozialistischen, sozialdemokratischen usw. Richtungen geworden, die dem Bolschewismus feindlich gegenüberstehen. Für uns Russen würde es langweilig sein, für Europa niederzuschreiben, was der Menschewismus ist. Otto Bauer hat es in seinem Buch klar gezeigt, und wir danken allen bürgerlichen und kommunistischen Verlegern im voraus, die dieses Buch drucken und in verschiedene Sprachen übersetzen werden. Das Buch Bauers wird eine nützliche wenn auch eigenartige Ergänzung zu den Lehrbüchern des Kommunismus sein. Nehmt irgendeinen Paragraphen, irgendein Argument Otto Bauers und beweist, warum sie menschewistisch sind, wo hier die Wurzeln derjenigen Ansichten liegen, die zur Praxis der Verräter am Sozialismus, der Kerenski, Scheidemann usw. geführt haben. — Das wird die Aufgabe sein, die man mit Nutzen und Erfolg auf „Examina" stellen kann, um festzustellen, ob der Kommunismus Wurzel gefaßt hat. Wer diese Aufgabe nicht lösen kann, ist noch kein Kommunist, und es ist besser, er tritt der Kommunistischen Partei nicht bei.

Otto Bauer hat das ganze Wesen der Anschauungen des in der ganzen Welt verbreiteten Opportunismus ausgezeichnet in einem Satz ausgedrückt, für den wir — wenn wir in Wien freie Verfügung hätten — ihm noch bei Lebzeiten ein Denkmal errichten müßten. Otto Bauer sagt, daß die Anwendung von Gewalt im Klassenkampf der modernen Demokratien die Vergewaltigung der sozialen Machtfaktoren bedeuten würde.

Ihr werdet wohl finden, daß das merkwürdig und unverständlich klingt? Es ist ein Muster dessen, wie weit man den Marxismus verunglimpfen kann, bis zu welcher Trivialität, bis zu welcher Verteidigung der Ausbeuter die revolutionäre Theorie herabgewürdigt werden kann. Es gehört die Vielseitigkeit des deutschen Spießertums dazu, um die „Theorie" aufzustellen, daß die „sozialen Machtfaktoren" die Zahl, Organisiertheit, den Platz im Prozeß der Produktion und Verteilung, die Aktivität und Bildung bedeuten. Wenn der Landarbeiter auf dem Land, der Arbeiter in der Stadt dem Grundbesitzer und Kapitalisten im Prozeß der Revolution Gewalt antun, so ist das nicht die Diktatur des Proletariats, nicht die Vergewaltigung der Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes. Nein, absolut nicht! Es ist die Vergewaltigung der sozialen Machtfaktoren.

Vielleicht klingt mein Beispiel etwas humoristisch. Aber es ist das Wesen des heutigen Opportunismus, daß der Kampf gegen den Bolschewismus zur Humoreske wird. Das Hineinziehen der Arbeiterklasse, all dessen, was es in ihr Denkendes gibt, in den Kampf des internationalen Menschewismus (der Macdonalds, Bauer u. Co.) gegen den Bolschewismus — das ist für Europa und Amerika die nutzbringendste und notwendigste Angelegenheit.

Hier müssen wir die Frage stellen: Wie erklärt sich die Dauerhaftigkeit dieser Richtung in Europa und warum ist der Opportunismus in Westeuropa stärker als bei uns? Weil die vorgeschrittenen Länder ihre Kultur geschaffen haben und schaffen durch die Möglichkeit, auf Kosten einer Milliarde unterdrückter Menschen zu leben. Weil die Kapitalisten dieser Länder viel mehr bekommen, als ihnen der Profit aus dem Raub an den Arbeitern ihres eigenen Landes einbringt.

Vor dem Krieg hat man berechnet, daß die reichsten Länder, England, Frankreich und Deutschland, allein aus der Ausfuhr des Kapitals ins Ausland, ohne irgendwelche andere Einkommen mitzurechnen, jährlich 6—10 Milliarden Francs schöpfen.

Selbstverständlich konnte von dieser hübschen Summe eine halbe Milliarde als Liebesgabe für die Arbeiterführer, für die Arbeiteraristokratie, für allerhand Bestechungen abfallen. Und es handelt sich tatsächlich nur um Bestechung. Das geschieht auf tausenderlei verschiedenen Wegen: durch die Hebung der Kultur in den großen Zentren, durch die Gründung von Bildungsinstitutionen, durch die Schaffung von tausenderlei Stellen für die Führer der Genossenschaften, für Gewerkschaftsführer und Parlamentsvertreter. Das geschieht überall, wo moderne zivilisierte, kapitalistische Verhältnisse herrschen. Und diese Milliarden sind die ökonomische Grundlage für den Opportunismus in der Arbeiterbewegung. Wir haben in Amerika, in England, in Frankreich eine sehr viel größere Beharrlichkeit der opportunistischen Führer, der Spitzen der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie; sie setzen der kommunistischen Bewegung einen stärkeren Widerstand entgegen. Und darum müssen wir darauf vorbereitet sein, daß die Befreiung der westeuropäischen und amerikanischen Arbeiterparteien von dieser Krankheit schwerer sein wird als bei uns. Wir wissen, daß seit Gründung der 3. Internationale in der Bekämpfung dieser Krankheit ungeheure Erfolge erzielt worden sind, aber am entscheidenden Punkt sind wir noch nicht angelangt: die Säuberung der Arbeiterparteien, der revolutionären Parteien des Proletariats der ganzen Welt vom bürgerlichen Einfluß, von den Opportunisten in ihren eigenen Reihen ist lange noch nicht beendet. Ich will hier nicht näher ausführen, wie das konkret durchzuführen ist: das ist in meinen Thesen gesagt, die veröffentlicht sind. Hier ist es meine Aufgabe, auf die tiefen ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung hinzuweisen. Die Krankheit ist eine chronische geworden; ihre Heilung dauert länger als die Optimisten hoffen konnten. Der Opportunismus ist unser Hauptfeind. Der Opportunismus in den oberen Schichten der Arbeiterbewegung ist kein proletarischer, sondern ein bürgerlicher Sozialismus. Es ist praktisch nachgewiesen, daß diejenigen Führer der Arbeiterbewegung, die der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind, als die Bourgeoisie selber. Wenn sie die Arbeiter nicht führten, könnte sich die Bourgeoisie nicht halten. Das beweist nicht nur die Geschichte des Kerenskiregimes in Rußland, das beweist auch die demokratische Republik Deutschlands mit ihrer sozialdemokratischen Regierung an der Spitze, das beweist das Verhältnis von Albert Thomas zu seiner bürgerlichen Regierung. Ferner wird es bewiesen durch analoge Erfahrungen in England und in den Vereinigten Staaten. Das ist unser Hauptfeind, und diesen Feind gilt es zu besiegen. Wir müssen diesen Kongreß verlassen mit dem festen Entschluß, in allen Parteien diesen Kampf zu Ende zu führen. Das ist unsere Hauptaufgabe. Im Vergleich mit dieser Aufgabe ist die Korrektur der Fehler der „linken" Richtung im Kommunismus eine sehr leichte Aufgabe. In einer ganzen Reihe von Ländern macht sich ein Antiparlamentarismus bemerkbar, der nicht so sehr von Abkömmlingen des Kleinbürgertums, als vielmehr von verschiedenen Vortrupps des Proletariats, aus Haß gegen den alten Parlamentarismus, aus gerechtem, notwendigem Haß gegen das Verhalten der parlamentarischen Führer in England, Frankreich, Italien, in allen Ländern vertreten wird. Die Kommunistische Internationale muß Leitsätze herausgeben, sie muß die Genossen mit der russischen Erfahrung, mit der Bedeutung einer wahrhaft proletarischen politischen Partei näher bekannt machen. In dieser Arbeit wird unsre Aufgabe bestehen. Und der Kampf gegen diese Mängel, gegen diese Fehler der proletarischen Bewegung wird tausendmal leichter sein, als der Kampf gegen diejenigen Bourgeois, die als Reformisten den alten Parteien der 2. Internationale angehören und die Arbeit dieser Parteien nicht in ein proletarisches, sondern in ein bürgerliches Fahrwasser leiten.

Genossen, zum Schluß will ich noch auf eins hinweisen. Der Vorsitzende hat gesagt, daß dieser Kongreß den Namen eines Weltkongresses verdient. Ich glaube, daß er besonders darum recht hat, weil hier eine ganze Anzahl von Vertretern der revolutionären Bewegung der kolonialen, rückständigen Länder anwesend sind. Es ist nur ein schwacher Anfang, aber es ist schon wichtig, daß dieser Anfang gemacht ist. Auf diesem Kongreß findet die Vereinigung der revolutionären Proletarier der kapitalistischen, vorgeschrittenen Länder mit den revolutionären Massen derjenigen Länder statt, wo es keine oder fast keine Proletarier gibt, die Vereinigung mit den unterdrückten Massen der Kolonialländer

des Orients; und es steht bei uns — ich bin überzeugt, daß wir es tun werden, — diesen Zusammenschluß zu einem dauernden zu gestalten. Der Weltimperialismus muß fallen, wenn der revolutionäre Ansturm der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiter innerhalb eines jeden Landes dem Widerstand der bürgerlichen Elemente und dem Einfluß der Arbeiteraristokratie Trotz bietend sich vereinigt mit dem revolutionären Ansturm der vielen Millionen Menschen, die bisher außerhalb der Geschichte standen und nur als ihr Objekt betrachtet wurden. Der imperialistische Krieg hat die Revolution gefördert, die Bourgeoisie hat aus den Kolonien, aus den rückständigen Ländern Soldaten zur Teilnahme an diesem imperialistischen Krieg herangeholt. Die englische Bourgeoisie hat den Soldaten aus Indien eingeredet, daß es Sache der indischen Bauern sei, Großbritannien vor Deutschland zu schützen. Die französische Bourgeoisie hat die Soldaten der französischen Kolonien zu überzeugen versucht, daß es Sache der Schwarzen sei, Frankreich zu verteidigen. Sie hat sie gelehrt, die Waffen zu führen. Das ist eine sehr nutzbringende Lehre, und wir könnten der Bourgeoisie dafür unsern Dank aussprechen — den Dank aller russischen Arbeiter und Bauern und besonders der russischen roten Armee. Der imperialistische Krieg hat die abhängigen Völker in die Weltgeschichte hineingezogen. Jetzt ist es eine unserer Hauptaufgaben, zu überlegen, wie der erste Stein der Organisation der Sowjetbewegung in den nicht kapitalistischen Ländern gelegt werden könne. Räte sind dort möglich. Es werden keine Arbeiterräte, es werden Bauernräte oder Räte der Werktätigen sein. Viel Arbeit ist erforderlich, Fehler werden unvermeidlich, viele Schwierigkeiten zu überwinden sein. Es ist Hauptaufgabe dieses 2. Kongresses, die praktischen Grundlagen auszuarbeiten oder anzudeuten, damit die Aufklärungsarbeit, die bis jetzt unter Millionen von Menschen unorganisiert betrieben wurde, von nun ab organisiert und systematisch entfaltet wird. Etwa 1 Jahr nach dem ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale können wir jetzt der 2. Internationale gegenüber als Sieger auftreten, die Räteideen sind jetzt nicht nur unter den Arbeitern der zivilisierten Länder verbreitet, sie sind nicht nur von ihnen aufgenommen und verstanden worden: die Arbeiter aller Länder lachen über die Ueberschlauen, unter denen es nicht wenige gibt, die sich Sozialisten nennen und die die Frage des „Rätesystems", wie sich die Deutschen systematisch auszudrücken pflegen, oder der „Räteidee", wie die englischen „Gilde"-Sozialisten sie nennen, wissenschaftlich erörtern: diese Erörterungen des Räte„systems" und der Räte„idee" haben den Zweck, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Aber die Arbeiter werden das zu überwinden wissen, sie greifen nach der Waffe, die ihnen in den Räten gegeben ist. Das Verständnis für die Bedeutung der Räte haben jetzt auch die Werktätigen der Orient-Länder.

Die Rätebewegung hat jetzt im ganzen Osten in ganz Asien, unter allen Kolonialvölkern begonnen. Daß der Ausgebeutete sich gegen den Ausbeuter zu erheben und seine Räte zu schaffen hat, ist leicht zu begreifen. Nach unserer Erfahrung, nach zweieinhalbjährigem Bestehen der Räterepublik in Rußland, nach dem ersten Kongreß der 3. Internationale haben viele Millionen von Ausgebeuteten der ganzen Welt diese Wahrheit in sich aufgenommen, und wenn wir jetzt in Rußland oft gezwungen sind, auf Kompromisse einzugehen, abzuwarten, weil wir schwächer sind als die internationalen Imperialisten, so wissen wir, daß eine und eine viertel Milliarde Bevölkerung diejenige Masse ist, deren Interesse wir verteidigen. Vorläufig behindern uns noch Vorurteile und Unwissenheit, die mit jeder Stunde mehr der Vergangenheit anheimfallen; aber es wird immer klarer, daß wir 70 Prozent der Erdbevölkerung, diese Massen der Werktätigen und Ausgebeuteten tatsächlich vertreten und verteidigen. Wir können mit Stolz sagen: Auf dem ersten Kongreß waren wir eigentlich nur Propagandisten; wir haben dem Proletariat der ganzen Welt nur unsere Grundsätze verkündet, wir haben es aufgerufen zum Kampf, wir haben nur gefragt: wo sind die Menschen, die fähig sind, diesen Weg zu beschreiten? Jetzt haben wir überall ein vorgeschrittenes Proletariat. Ueberall gibt es, wenn auch oft schlecht organisiert, eine proletarische Armee, und wenn unsre internationalen Genossen uns jetzt helfen werden, eine einige Armee zu organisieren, so kann uns nichts hindern, unsere Sache zu Ende zu führen. Diese Sache ist die Sache der proletarischen Weltrevolution, die Sache der Gründung der Weltrepublik.

Nach Lenin sprachen Vertreter verschiedener Parteien. Es sprach Dr. P. Levi von der Kommunistischen Partei Deutschlands. Er schilderte die verräterische Rolle, die die Mehrheitssozialisten bei der Unterdrückung des Aufstandes in Deutschland gespielt haben. Er lenkt noch einmal die Aufmerksamkeit der Kongreßdelegierten auf das Andenken der großen Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. „Seit ihrem Tode", sagte Levi, „wächst die kommunistische Bewegung in Deutschland von Tag zu Tag. Der Kommunismus hat im Herzen des deutschen Proletariats tief Wurzel gefaßt, immer mehr befreien sich die Arbeitermassen von der Hypnose der Kompromißlerparteien. Dazu zwingt sie auch die grausame Wirklichkeit des heutigen Deutschland."

Nach Schluß der Sitzung begeben sich die Delegierten, begleitet von einer ungeheuren Menge von Arbeitern, Soldaten und Matrosen, die einen endlos langen Zug bilden, auf das Marsfeld, wo sie am Grabe der Revolutionskämpfer einen Kranz niederlegen.

Die zweite Sitzung des Kongresses. Im prunkvollen Krönungssaal des Moskauer Kremls findet am 23. Juli die zweite Sitzung des Kongresses statt. Es wird beschlossen, die Debatten in deutscher Sprache zu führen und sie ins Französische zu übersetzen. Georg Sinowjew erhält das Wort zu einem Referat über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. In großangelegter Rede begründet nun Sinowjew die Thesen des Exekutivkomitees. Er weist darauf hin, daß, wenn die Arbeit des ersten Kongresses sich auf kommunistische Propaganda und Agitation beschränkte, der zweite Kongreß vor große organisatorische Aufgaben gestellt sei. Es sei bemerkenswert, daß sich in Ländern mit hochentwickelten Arbeiterbewegungen, wie z. B. England und Amerika, unter unseren Genossen Strömungen bemerkbar machten, die die Partei als solche ablehnen und ihre Rolle vollkommen falsch verstehen. Charakteristisch für diese Richtung sei die Broschüre Pannekoeks, die den Kongreßmitgliedern gedruckt vorliege. Die revolutionären Syndikalisten, die Genossen aus dem Verband J. W. W. und aus den Shop-Stewards müsse man zwar als Freunde und Brüder betrachten, doch in dieser Frage gingen die Ansichten diametral auseinander. Der Bankrott der 2. Internationale bedeute nicht den Bankrott der Idee der Partei, ebenso wie ja der Zusammenbruch der gelben Gewerkschaften in Deutschland, Frankreich usw. nicht den Bankrott der Gewerkschaftsidee bedeuten könne. Der „linke" Wirrkopf Rühle habe vor kurzem geäußert, daß das Prinzip der Partei zusammen mit der bürgerlichen Demokratie Bankrott erleiden müsse, das sei eine einfache Dummheit. Das Sowjetsystem schließt nicht nur das Bestehen einer proletarischen Partei nicht aus, sondern, im Gegenteil, es setzt sie voraus. Selbstverständlich nicht sozialdemokratische Parteien, wie die 2. Internationale sie aufzuweisen hat, sondern kommunistische Parteien, die fähig sind, als Avantgarde der Arbeiterklasse das Proletariat zum Siege zu führen. Sucht man die Wurzeln dieser Regierung der Partei, so findet man sie erstens in dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie, die da sagt, die Partei sei überflüssig, die Gewerkschaften genügten vollkommen als Werkzeug des proletarischen Kampfes. Der zweite Grund liegt im verräterischen Verhalten der alten Sozialistischen Parteien während des Krieges. Die Genossen aus den Shop-Stewards und die Syndikalisten verstehen nicht, daß es nicht darauf ankommt, die Partei abzulehnen, sondern sie nach neuen kommunistischen Prinzipien aufzubauen. Es sei hier dasselbe, wie auf dem Gebiete des Parlamentarismus. Unsere Genossen werden zeigen, daß man auch innerhalb des bürgerlichen Parlaments als wahrhafte Kommunisten dem Proletariat wertvolle Dienste erweisen könne. Der revolutionäre Syndikalismus ist im Vergleich zur 2. Internationale ein Schritt vorwärts, im Vergleich zum Kommunismus aber — ein Schritt rückwärts. Die „linken" Kommunisten Deutschlands haben mit ihrer Programmdeklaration, in der sie erklären, daß sie eine Partei nicht im üblichen traditionellen Sinne dieses Wortes gründen, vor den reaktionären Anschauungen des Syndikalismus und Individualismus kapituliert. Wer eine Räteregierung errichten will, der muß ein Programm haben, er muß wissen, wie er sich zur Agrarfrage, zur inneren und äußeren Politik, zur Armee, zur Schule usw. stellt. Sobald man aber sein Verhalten in all diesen Fragen formuliert, entwickelt man sich zur Partei. Den rechts von uns stehenden Genossen, die

sich jetzt dem Kommunismus zu nähern beginnen, muß aber gesagt sein, daß wir jetzt, wo wir uns im Bürgerkrieg befinden, mit farblosen Organisationen nichts anfangen können, wir brauchen Parteien, die revolutionärer Aktionen fähig sind. Wir brauchen keine Parteien, die sich das unkomplizierte Ziel gesetzt haben, möglichst viel Mitglieder zu gewinnen. Wir brauchen keine Parlamentsfraktionen, die, wie in Italien und Deutschland, in kritischen Momenten sich entweder auf die Seite der Bourgeoisie schlagen, oder zwischen zwei Stühlen sitzen und den Kampf des Proletariats sabotieren.

Sinowjew liest dann die Thesen des Exekutivkomitees über die Rolle der Kommunistischen Parteien in der proletarischen Revolution vor.

Thesen des Exekutivkomitees.

Im ersten Jahre ihres Bestehens erschöpfte sich die Arbeit der Kommunistischen Internationale in der Propaganda und Agitation für die kommunistischen Ideen. Im Augenblick des Zusammentritts des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale steht die internationale Organisation des Proletariats vor einer neuen Phase. Für die Kommunistische Internationale beginnt die organisatorisch aufbauende Epoche. Bisher bestanden in den einzelnen Ländern nur kommunistische Richtungen im Proletariat. Gegenwärtig haben wir in allen Ländern, wo eine ernste Arbeiterbewegung besteht, nicht nur Richtungen, sondern bereits kommunistische Organisationen und Parteien. Dieser Umstand muß den zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale veranlassen, eine völlig klare und genaue Stellung in der Frage der Rolle der Kommunistischen Partei vor und nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse einzunehmen. Unter manchen Anhängern des Kommunismus (die „linke" Richtung in Deutschland, die Anhänger der Industriearbeiter der Welt, der J.W.W. in Amerika, einige Gruppen revolutionärer Syndikalisten und Anarchisten) ist eine Unterschätzung der Rolle der Kommunistischen Partei als solcher und sogar die glatte Verneinung der Notwendigkeit einer Kommunistischen Partei bemerkbar. Auch das ist ein Anlaß für den zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale, auf die oben gestellten Fragen genau und bestimmt zu antworten.

1. Die Kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse. Und zwar ihr am meisten vorgeschrittener, ihr klassenbewußter und darum auch revolutionärster Teil. Die Kommunistische Partei entsteht durch die natürliche Auswahl der besten, klassenbewußtesten, selbstlosesten, weitsehendsten Arbeiter. Die Kommunistische Partei hat keine von der Arbeiterklasse verschiedenen Interessen. Die Kommunistische Partei unterscheidet sich von der ganzen Masse der Arbeiter dadurch, daß sie den ganzen historischen Weg der Arbeiterklasse als Gesamtheit übersieht und auf allen Wendungen dieses Weges die Interessen nicht einzelner Gruppen, nicht einzelner Berufe, sondern die Interessen der Arbeiterklasse als Gesamtheit verteidigt.

Die Kommunistische Partei ist der organisatorisch-politische Hebel, mit Hilfe dessen der vorgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die ganze Masse des Proletariats und Halbproletariats auf den richtigen Weg führt.

2. Solange die Staatsmacht noch nicht durch das Proletariat erobert worden ist, solange das Proletariat nicht ein für allemal seine Herrschaft befestigt und die Arbeiterklasse vor einer bürgerlichen Restauration bewahrt hat, solange wird die Kommunistische Partei in der Regel in ihren organisierten Reihen nur die Minderheit der Arbeiter haben. Bis zur Machtergreifung und in der Uebergangszeit kann die Kommunistische Partei bei günstigen Bedingungen ungeteilten, geistig-politischen Einfluß auf alle proletarischen und halbproletarischen Bevölkerungsschichten ausüben, aber sie kann sie nicht organisatorisch in ihren Reihen vereinigen. Erst nachdem die proletarische Diktatur die Bourgeoisie solcher mächtiger Beeinflussungsorgane wie der Presse, der Schule, des Parlaments, der Kirche, des Verwaltungsapparats und anderer mehr beraubt haben wird, erst nachdem die endgültige Niederlage der bürgerlichen Gesellschaftsordnung für alle offensichtlich geworden sein wird, werden alle oder fast alle Arbeiter in die Reihen der Kommunistischen Partei hineingehen.

3. Den Betriff der Partei muß man streng von dem Begriff der Klasse unterscheiden. Die Mitglieder der christlichen und freisinnigen Gewerkschaften in

Deutschland, England und anderen Ländern sind unzweifelhaft Teile der Arbeiterklasse. Die mehr oder minder bedeutenden Arbeiterkreise, die noch hinter den Scheidemann, Gomperz und Kompagnie stehen, sind unzweifelhaft Teile der Arbeiterklasse. Unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen kann die Arbeiterklasse von zahlreichen reaktionären Schichten durchsetzt sein. Die Aufgabe des Kommunismus besteht nicht darin, sich diesen rückständigen Teilen der Arbeiterklasse anzupassen, sondern darin, die ganze Arbeiterklasse auf die Höhe ihres kommunistischen Vortrupps emporzuheben. Die Verwechslung dieser zwei Begriffe, der Klasse und der Partei, kann zu den größten Fehlern und Verwirrungen führen. So ist z. B. klar, daß die Arbeiterpartei trotz der Stimmung und den Vorurteilen eines bestimmten Teiles der Arbeitermassen während des imperialistischen Krieges um jeden Preis gegen diese Stimmungen und Vorurteile auftreten mußte, um die geschichtlichen Interessen des Proletariats zu verteidigen, die von der proletarischen Partei die Kriegserklärung gegen den Krieg forderten.

So beriefen sich z. B. zu Beginn des imperialistischen Krieges im Jahre 1914 die sozialverräterischen Parteien aller Länder, die die Bourgeoisie „ihres" Landes unterstützten, unvermeidlich darauf, daß dies der Wille der Arbeiterklasse sei. Und sie vergaßen dabei, daß, sogar wenn dem so wäre, es die Aufgabe der proletarischen Partei bei solcher Lage der Dinge sein würde, gegen die Stimmung der Mehrheit der Arbeiter aufzutreten und die historischen Interessen des Proletariats trotz alledem zu verteidigen. So lehnten an der Wende des zwanzigsten Jahrhunderts die russischen Menschewiki jener Zeit (die sogenannten „Oekonomisten") den offenen politischen Kampf gegen den Zarismus aus dem Grunde ab, weil die Arbeiterklasse als Ganzes noch nicht zum Verständnis des politischen Kampfes herangereift war.

4. Die Kommunistische Internationale ist unerschütterlich davon überzeugt, daß man den Zusammenbruch der alten „sozialdemokratischen" Parteien der zweiten Internationale keineswegs als einen Zusammenbruch des proletarischen Parteiwesens im allgemeinen darstellen darf. Die Epoche des unmittelbaren Kampfes um die Diktatur des Proletariats gebührt eine neue Partei des Proletariats, die Kommunistische Partei.

5. Die Kommunistische Internationale lehnt mit aller Entschiedenheit jene Anschauung ab, als ob das Proletariat seine Revolution vollbringen könnte, ohne eine selbständige politische Partei zu haben. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Das Ziel dieses Kampfes, der unvermeidlich in den Bürgerkrieg übergeht, ist die Eroberung der politischen Macht. Aber die politische Macht kann nicht anders in die Hand genommen, organisiert und geführt werden, als durch diese oder jene politische Partei. Nur in dem Fall, wenn das Proletariat eine organisierte und erprobte Partei mit streng bestimmten Zielen und konkret ausgearbeitetem Programm der nächsten Aktion, sowohl im Gebiet der inneren als auch der äußeren Politik, zum Führer hat, wird die Eroberung der politischen Macht keine zufällige Episode sein, sondern wird als Ausgangspunkt für den langwierigen kommunistischen Aufbau des Proletariats dienen.

Derselbe Klassenkampf fordert die Vereinigung der verschiedenen Formen der proletarischen Bewegung (Gewerkschaften, Genossenschaften, Betriebsräte, kulturelle Arbeit, Wahlen usw.) in einem Mittelpunkt und unter gemeinsamer Führung. Solch ein allgemeiner verbindender und führender Mittelpunkt kann nur die politische Partei sein. Die Ablehnung ihrer Bildung und Befestigung und der Unterwerfung unter sie bedeutet die Ablehnung der Einheit in der Führung der einzelnen Kampfabteilungen des Proletariats, die auf verschiedenen Kampfschauplätzen tätig sind. Endlich erfordert der Klassenkampf des Proletariats eine konzentrierte Agitation, die die verschiedenen Etappen des Kampfes von einem einheitlichen Gesichtspunkt aus beleuchtet und die Aufmerksamkeit des Proletariats in jedem gegebenen Augenblick auf bestimmte, für die ganze Klasse gemeinsame Ziele konzentriert. Das kann nicht ohne einen zentralisierten politischen Apparat, d. h. außerhalb der politischen Partei, durchgeführt werden. Darum half und hilft die Propaganda der revolutionären Syndikalisten und der industriellen Arbeiter der Welt (J.W.W.) gegen die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei objektiv nur der Bourgeoisie und den konterrevolutionären

„Sozialdemokraten". In ihrer Propaganda gegen die Kommunistische Partei, die die Syndikalisten und Industrialisten durch bloße Gewerkschaften oder irgendwelche „allgemeinen" Arbeiter-Unionen ersetzen wollen, berühren sich die Syndikalisten und Industrialisten mit bewußten Opportunisten: Die russischen Menschewiki haben nach der Niederlage der Revolution von 1905 während einiger Jahre den sogenannten Arbeiterkongreß propagiert, der die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ersetzen sollte. Alle möglichen „Labouristen" — in England und Amerika, die in Wirklichkeit eine bewußtbürgerliche Politik treiben, predigen den Arbeitern die Bildung formloser Arbeiter-Unionen statt der politischen Partei. Die revolutionären Syndikalisten und Industrialisten wollen gegen die Diktatur der Bourgeoisie kämpfen und wissen nicht, wie dies zu tun ist. Sie bemerken nicht, daß die Arbeiterklasse ohne selbständige politische Partei ein Rumpf ohne Kopf ist.

Der revolutionäre Syndikalismus und Industrialismus ist ein Schritt vorwärts nur im Vergleich mit der alten vermoderten konterrevolutionären Ideologie der zweiten Internationale. Aber im Vergleich mit dem revolutionären Marxismus, d. h. mit dem Kommunismus, stellen der Syndikalismus und der Industrialismus einen Schritt rückwärts dar. Die Erklärung der „linken" Kommunisten Deutschlands (die sie in der programmatischen Erklärung ihres Gründungsparteitags im April abgaben), daß sie zwar eine Partei, aber „keine Partei im überlieferten Sinne des Wortes" schufen, ist eine geistige Kapitulation vor jenen Anschauungen des Syndikalismus und Industrialismus, die reaktionäre Anschauungen sind.

6. Die Kommunisten unterstützen durchaus die Bildung breitester parteiloser Arbeiterorganisationen neben der Kommunistischen Partei. Die Kommunisten halten die systematische organisatorisch-erzieherische Arbeit innerhalb dieser breitesten Arbeiterorganisationen für ihre wichtigste Aufgabe. Aber eben dazu, daß diese Arbeit fruchtbar wird, eben dazu, daß die Gegner des revolutionären Proletariats sich nicht dieser breiten Arbeiterorganisationen bemächtigen können, müssen die vorgeschrittenen kommunistischen Arbeiter immer ihre selbständige geschlossene kommunistische Partei haben, die stets organisiert handelt und die es versteht, die allgemeinen Interessen des Kommunismus bei jeder Wendung der Ereignisse und in allen Formen der Bewegung zu verteidigen.

7. Die Kommunisten meiden die parteilosen Massenorganisationen der Arbeiter auch dann nicht, wenn sie einen offenen reaktionären, konterrevolutionären Charakter tragen (Gelbe Gewerkschaften, Christliche Gewerkschaften usw.). Aber die Kommunistische Partei leistet innerhalb dieser Organisationen ihre Arbeit und beweist den Arbeitern unaufhörlich, daß die Idee der Parteilosigkeit als Prinzip von der Bourgeoisie und ihren Nachläufern bewußt unter den Arbeitern verbreitet wird, um die Proletarier vom organisierten Kampf um den Sozialismus abzulenken.

8. Die alte „klassische" Teilung der Arbeiterbewegung in drei Zweige (Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften) ist offensichtlich überlebt. Die proletarische Revolution hat in Rußland die Grundform der Arbeiterdiktatur, die Räte hervorgebracht. Aber auch die Arbeit in den Räten wie in den revolutionierten Produktionsverbänden muß unausweichlich systematisch von der Partei des Proletariats, d. h. der Kommunistischen Partei geleitet werden. Der organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, dient in gleichem den Interessen sowohl des wirtschaftlichen als auch des politischen und kulturellen Kampfes der Arbeiterklasse als eines Ganzen. Die Kommunistische Partei muß die Seele sowohl der Produktionsverbände als auch der Arbeiter- und aller anderen Formen der proletarischen Organisation sein.

Die Entstehung der Räte als der wichtigsten gegebenen historischen Form der Diktatur des Proletariats verringert keineswegs die führende Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Wenn die deutschen „linken" Kommunisten (s. den Aufruf ihrer Partei „An das deutsche Proletariat" vom 14. April 1920 mit der Unterschrift „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands") fordern, daß sich auch die Partei immer mehr dem Rätegedanken anpaßt und proletarischen Charakter annimmt („Kommunistische Arbeiterzeitung" Nr. 54), so ist dies ein verworrener Ausdruck jener Idee, daß die Kommunistische Partei in den Räten aufgehen soll, daß die Räte die Kommunistische Partei ersetzen können. Diese Idee ist vollständig unrichtig und reaktionär.

In der Geschichte der russischen Revolution sahen wir einen ganzen Abschnitt, in dem die Räte gegen die proletarische Partei auftraten und die Politik der Agenten der Bourgeoisie unterstützten. Dasselbe war auch in Deutschland zu bemerken. Dasselbe ist auch in anderen Ländern möglich.

Damit die Räte ihre historische Mission erfüllen können, ist im Gegenteil die Existenz einer so starken Kommunistischen Partei notwendig, daß sie vermag, sich nicht einfach den Räten „anzupassen", sondern auch imstande ist, in entscheidender Weise auf die Politik der Räte einzuwirken und sie zu zwingen, auf die „Anpassung" an die Bourgeoisie und die weiße Sozialdemokratie zu verzichten. Sie muß es verstehen, die Räte durch die kommunistischen Fraktionen hinter die Kommunistische Partei zu stellen.

Wer der Kommunistischen Partei vorschlägt, sich den Räten „anzupassen", wer in einer solchen Anpassung die Stärkung des „proletarischen Charakters" der Partei sieht, der erweist sowohl der Partei als auch den Räten einen Bärendienst, der begreift weder die Bedeutung der Partei noch die der Räte. Der „Rätegedanke" wird um so eher siegen, eine je größere Kommunistische Partei wir in jedem Lande zu schaffen verstehen. Den „Rätegedanken" erkennen jetzt in Worten auch viele „unabhängige" Sozialisten und sogar Rechtssozialisten an. Aber wir können diesen Elementen nur in dem Falle erlauben, den Rätegedanken zu entstellen, wenn wir eine starke Kommunistische Partei haben, die imstande ist, die Politik der Räte zu bestimmen und sie nach sich zu ziehen.

9. Die Kommunistische Partei ist für die Arbeiterklasse nicht nur vor der Eroberung der Macht und nicht nur während der Eroberung der Macht, sondern auch nachdem die Macht in die Hände der Arbeiterklasse übergegangen ist, notwendig. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands, die sich drei Jahre in einem ungeheuren Lande an der Macht befindet, zeigt, daß die Rolle der Kommunistischen Partei sich nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse nicht verringert, sondern im Gegenteil außerordentlich vergrößert.

10. Am Tage nach der Uebernahme der Macht durch das Proletariat bleibt seine Partei trotzdem nach wie vor nur ein Teil der Arbeiterklasse. Aber es ist eben jener Teil der Arbeiterklasse, der den Sieg organisiert hat. Die Kommunistische Partei hat im Laufe von zwei Jahrzehnten — wie wir es in Rußland gesehen haben —, von dreizehn Jahren — wie wir es in Deutschland sehen — im Kampfe nicht nur mit der Bourgeoisie, sondern auch mit jenen „Sozialisten", die Vermittler bürgerlicher Einflüsse auf das Proletariat sind, in ihre Reihen die standhaftesten, weitsehendsten, vorgeschrittensten Kämpfer der Arbeiterklasse aufgenommen.

Nur wenn eine solche geschlossene Organisation des besten Teiles der Arbeiterklasse vorhanden ist, ist es möglich, alle Schwierigkeiten zu überwinden, vor denen die Arbeiterdiktatur am Tage nach dem Siege steht. Die Organisation der neuen proletarischen Roten Armee, die tatsächliche Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparates und die Schaffung von Keimen des neuen proletarischen Staatsapparates an seiner Stelle, der Kampf gegen die zünftigen Bestrebungen einzelner Arbeitergruppen, der Kampf gegen den lokalen provinziellen „Patriotismus", die Anbahnung von Wegen, um eine neue Arbeitsdisziplin zu schaffen, in allen diesen Gebieten gehört das entscheidende Wort der Partei der Kommunisten, deren Mitglieder durch ihr lebendiges Beispiel die Mehrheit der Arbeiterklasse nach sich ziehen.

11. Die Notwendigkeit der politischen Partei des Proletariats hört erst mit der vollen Vernichtung der Klassen auf. Auf dem Wege zu diesem endgültigen Siege des Kommunismus ist es möglich, daß das spezifische Gewicht der drei grundlegenden proletarischen Organisationen der Gegenwart (Partei, Räte und Produktionsverbände) sich verändern wird und daß sich allmählich eine Einheitsform der Arbeiterorganisation herauskristallisieren kann. Aber die Kommunistische Partei wird sich nur dann vollständig in der Arbeiterklasse auflösen, wenn der Kommunismus aufhören wird, ein Kampfobjekt zu sein und die ganze Arbeiterklasse kommunistisch sein wird.

12. Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale hat nicht nur die historische Mission der Kommunistischen Partei im allgemeinen zu bestimmen, sondern hat auch das internationale Proletariat, wenn auch nur in den hauptsächlichsten Umrissen, darauf hinzuweisen, welcher Art die Kommunistische Partei sein muß, die für uns notwendig ist.

13. Die Kommunistische Internationale ist der Ansicht, daß die Kommunistische Partei besonders in der Epoche der Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des eisernen proletarischen Zentralismus aufgebaut sein muß. Um erfolgreich die Arbeiterklasse im angebrochenen langen und hartnäckigen Bürgerkrieg führen zu können, muß die Kommunistische Partei selbst in ihren Reihen eine eiserne, militärische Ordnung schaffen. Die Erfahrung der Kommunistischen Partei Rußlands, die im Laufe von drei Jahren den Bürgerkrieg der Arbeiterklasse erfolgreich durchgeführt hat, hat gezeigt, daß hier der Sieg der Arbeiter ohne strengste Disziplin, vollendeten Zentralismus und völliges kameradschaftliches Vertrauen aller Parteiorganisationen zum führenden Parteizentrum unmöglich ist.

14. Die Kommunistische Partei muß auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein. Der Hauptgrundsatz des demokratischen Zentralismus ist die Wählbarkeit der untersten Zelle, die absolute Geltung aller Direktiven der obersten Zelle für die ihr untergeordneten Zellen und das Vorhandensein eines machtvollen Parteizentrums, dessen Entscheidungen für alle Führer des Parteilebens von Parteitag zu Parteitag unbestritten sind.

15. Eine ganze Reihe von Kommunistischen Parteien Europas und Amerikas sind angesichts des Belagerungszustandes, der von der Bourgeoisie gegen die Kommunisten eingeführt worden ist, gezwungen, illegal zu existieren. Es ist notwendig, zu beachten, daß es bei einer solchen Lage der Dinge manchmal notwendig ist, von der strengen Durchführung des Prinzips der Wählbarkeit abzuweichen und den führenden Parteiorganen das Recht der Kooptation, so wie es seinerzeit in Rußland war, zu erteilen. Bei einem tatsächlichen Belagerungszustand kann die Kommunistische Partei nicht nur nicht bei jeder ernsten Frage zu einem demokratischen Referendum unter allen Mitgliedern der Partei schreiten (Vorschlag eines Teiles der amerikanischen Kommunisten), sondern muß im Gegenteil ihrem führenden Zentrum die Möglichkeit geben, im nötigen Moment schnell wichtige Entschlüsse für alle Mitglieder der Partei zu fassen.

16. Die Predigt der breiten „Autonomie" für die einzelnen örtlichen Parteiorganisationen schwächt gegenwärtig nur die Reihen der Kommunistischen Partei, setzt ihre Kampffähigkeit herab und begünstigt kleinbürgerliche, anarchische, zentrifugale Tendenzen.

17. In jenen Ländern, wo die Bourgeoisie oder die konterrevolutionäre Sozialdemokratie an der Macht ist, müssen die Kommunistischen Parteien lernen, planmäßig legale Arbeit mit illegaler zu verbinden, wobei die legale Arbeit immer unter faktischer Kontrolle der illegalen Partei verbleiben muß. Die Parlamentsfraktion der Kommunisten sowohl in den zentralen als auch in den örtlichen Staatseinrichtungen muß gänzlich und absolut der Kommunistischen Partei im Ganzen unterworfen sein, unabhängig davon, ob die Partei im Ganzen zur gegebenen Zeit eine legale oder eine illegale Organisation ist. Diejenigen Abgeordneten, die sich in dieser oder der anderen Form nicht der Partei unterwerfen, müssen aus den Reihen der Kommunisten hinausgeworfen werden.

Die legale Presse (Zeitungen, Verlag) muß unbedingt und gänzlich der Partei im Ganzen und ihrem Zentralkomitee unterworfen sein. Keinerlei Konzessionen in dieser Beziehung sind zulässig.

18. Der Hauptgrundsatz in aller organisatorischen Arbeit der Partei und der Kommunisten muß sein die Bildung einer kommunistischen Zelle überall, wo eine, wenn auch nur kleine Zahl von Proletariern und Halbproletariern vorhanden ist. In jedem Arbeiterrat, in jeder Gewerkschaft, in jeder Genossenschaft, in jeder beliebigen Werkstatt, in jedem Mieterrat, in jeder Staatseinrichtung, überall, wo auch nur drei Leute zu finden sind, die mit dem Kommunismus sympathisieren, muß sogleich eine kommunistische Zelle organisiert werden. Alle Zellen der Kommunisten, die in parteilosen Organisationen tätig sind, ordnen sich unbedingt der Parteiorganisation im Ganzen unter, unabhängig davon, ob die Partei zur gegebenen Zeit legal oder illegal arbeitet. Die kommunistischen Zellen aller Art müssen einander in streng hierarchischer Ordnung nach einem möglichst genauen System untergeordnet sein.

19. Die Kommunistische Partei entsteht fast überall als die Partei der städtischen, die Partei der industriellen Arbeiter, die hauptsächlich in den Städten wohnen. Für die Möglichkeit des leichteren und schnelleren Sieges der Arbeiterklasse ist es notwendig, daß die Kommunistische Partei nicht nur zur Partei der Städte, sondern auch der Dörfer wird. Die Kommunistische Partei muß ihre Propaganda und Organisation unter die landwirtschaftlichen Tagelöhner, Klein- und Mittelbauern tragen. Die Kommunistische Partei muß mit besonderer Sorgfalt die Organisation kommunistischer Zellen auf dem Lande anstreben.

Die Internationale Organisation des Proletariats kann nur in dem Falle fest sein, wenn in allen Ländern, wo Kommunisten leben und kämpfen, sich die oben erwähnte Anschauung über die Rolle der Kommunistischen Partei befestigt. Die Kommunistische Internationale lädt jede Gewerkschaft, die die Grundsätze der Dritten Internationale anerkennt und die bereit ist, mit der gelben Inernationale zu brechen, auf ihre Kongresse ein. Die Kommunistische Internationale wird an ihrer Seite eine internationale Sektion der Roten Gewerkschaften, die auf dem Boden des Kommunismus stehen, organisieren. Die Kommunistische Internationale wird die Zusammenarbeit mit keiner parteilosen Arbeiterorganisation ablehnen, wenn diese einen ernsten revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen wünscht. Aber die Kommunistische Internationale wird bei der Zusammenarbeit mit einer parteilosen Arbeiterorganisation auf folgendes hinweisen:

1. Die Kommunistische Partei ist das hauptsächliche und grundlegende Werkzeug der Befreiung der Arbeiterklasse. In jedem Lande brauchen wir jetzt nicht nur Gruppen und Richtungen, sondern Kommunistische Parteien.
2. In jedem Lande kann nur eine einzige Kommunistische Partei bestehen.
3. Die Kommunistische Partei muß auf dem Prinzip der strengsten Zentralisation aufgebaut sein und hat in der Epoche des Bürgerkrieges innerhalb ihrer Reihen eine militärische Disziplin einzuführen.
4. Ueberall, wo auch nur zehn Proletarier oder Halbproletarier sind, muß die Kommunistische Partei ihre organisierte Zelle haben.
5. In jeder parteilosen Einrichtung muß eine kommunistische Parteizelle bestehen, die streng der Partei im Ganzen unterworfen ist.
6. Fest und hingebend das Programm und die revolutionäre Taktik des Kommunismus beschützend, muß die Kommunistische Partei immer aufs engste mit den breiten Arbeiterorganisationen verbunden sein und das Sektierertum ebenso meiden wie die Grundsatzlosigkeit.

Die nationale und koloniale Frage.

1. Es ist für die bürgerliche Demokratie ihrer Natur nach eigen, die Frage der Gleichheit im allgemeinen, darunter auch der nationalen Gleichheit, abstrakt oder formal zu stellen. Unter dem Schein der Gleichheit der menschlichen Persönlichkeit im allgemeinen proklamiert die bürgerliche Demokratie die formale oder rechtliche Gleichheit des Eigentümers und des Proletariers, des Ausbeuters und des Ausgebeuteten und bewirkt damit eine vollkommene Täuschung der unterdrückten Klassen. Die Idee der Gleichheit, die selbst ein Spiegelbild der Beziehungen in der Warenproduktion ist, wird von der Bourgeoisie unter dem Vorwand der absoluten Gleichheit der menschlichen Persönlichkeit in ein Werkzeug des Kampfes gegen die Vernichtung der Klassen verwandt. Der wirkliche Sinn der Forderung der Gleichheit besteht nur in der Forderung der Vernichtung der Klassen.

2. Die Kommunistische Partei, als bewußte Trägerin des Kampfes des Proletariats um die Abschüttelung des Joches der Bourgeoisie, muß, ihrer Hauptaufgabe entsprechend, die darin besteht, gegen die bürgerliche Demokratie zu kämpfen und ihre Lügen und Heucheleien zu entlarven, auch in der nationalen Frage in den Mittelpunkt der Erörterungen nicht abstrakte oder formale Grundsätze stellen, sondern: 1. eine genaue Einschätzung der konkreten geschichtlichen und vor allen wirtschaftlichen Bedingungen; 2. ein klares Absondern der Inter-

essen der unterdrückten Klassen, der Arbeitenden und Ausgebeuteten, von dem allgemeinen Begriff der Volksinteressen im allgemeinen, der nur die Interessen der herrschenden Klasse bedeutet; 3. eine ebenso klare Unterscheidung zwischen den unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Nationen und den unterdrückenden, ausbeutenden, vollberechtigten, im Gegensatz zu der bürgerlich-demokratischen Lüge, die die der Epoche des Finanzkapitals und des Imperialismus eigentümliche koloniale und finanzielle Versklavung der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine kleine Minderheit der reichsten, vorgeschrittensten kapitalistischen Länder vertuscht.

3. Der imperialistische Krieg der Jahre 1914 bis 1918 hat mit besonderer Klarheit vor allen Nationen und vor den unterdrückten Klassen der ganzen Welt die Lügenhaftigkeit der bürgerlich-demokratischen Phrasen aufgedeckt, indem sie in der Praxis zeigte, daß der Versailler Vertrag der berüchtigten „westlichen Demokratie" eine noch tierischere und niederträchtigere Vergewaltigung der schwachen Völker ist, als der Brest-Litowsker Vertrag der deutschen Junker und des Kaisers. Der Völkerbund und die ganze Nachkriegs-Politik der Entente deckt diese Wahrheit noch deutlicher und schärfer auf, verstärkt über all den revolutionären Kampf sowohl des Proletariats der vorgeschrittenen Länder als auch aller arbeitenden Massen der Kolonial- und abhängigen Länder und beschleunigt den Zusammenbruch der kleinbürgerlich-nationalen Illusion über die Möglichkeit eines friedlichen Beieinanderwohnens und einer Gleichheit der Nationen zur Zeit des Kapitalismus.

4. Aus den obenerwähnten grundlegenden Sätzen folgt, daß in dem Mittelpunkt der ganzen Politik der Kommunistischen Internationale in der nationalen und der kolonialen Frage die Annäherung der Proletarier und der arbeitenden Massen aller Nationen und Länder zum Zwecke des gemeinsam revolutionären Kampfes um den Sturz der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie gestellt werden muß. Denn nur eine solche Annäherung garantiert den Sieg über den Kapitalismus, ohne den die Vernichtung der nationalen Unterdrückung und Ungleichheit unmöglich ist.

5. Die weltpolitische Lage hat jetzt die Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung gestellt und alle Ereignisse der Weltpolitik konzentrieren sich unvermeidlich auf einen Mittelpunkt, nämlich den Kampf der Weltbourgeoisie gegen die russische Sowjetrepublik, die um sich unvermeidlich sammelt: einerseits die Rätebewegungen der vorgeschrittenen Arbeiter aller Länder, andererseits alle nationalen Freiheitsbewegungen der Kolonien und der unterdrückten Völkerschaften, die sich durch die bittere Erfahrung überzeugen, daß ihnen keine Rettung kommen kann, außer durch den Sieg der Sowjetmacht über den Weltimperialismus.

6. Folglich kann man sich gegenwärtig nicht auf die bloße Anerkennung oder Proklamierung der Annäherung der Arbeitenden der verschiedenen Nationen beschränken, sondern es ist notwendig, eine Politik zur Verwirklichung des engsten Bündnisses aller nationalen und kolonialen Freiheitsbewegungen mit Sowjetrußland zu führen und die Formen dieses Bündnisses gemäß der Entwicklungsstufe der kommunistischen Bewegung in dem Proletariat jedes Landes oder der bürgerlich-demokratischen Freiheitsbewegung der Arbeiter und Bauern in den rückständigen Nationalräten zu bestimmen.

7. Die Föderation ist die Uebergangsstufe zur vollen Einheit der Arbeitenden der verschiedenen Nationen. Die Föderation hat ihre Berechtigung offenbart, sowohl in den Beziehungen der Russischen Sozialistischen föderativen zu den anderen Sowjetrepubliken (der ungarischen, finnischen und lettischen in der Vergangenheit, der aserbeidjanischen und ukrainischen in der Gegenwart), als auch innerhalb der R.S.F.S.R. in den Beziehungen zu den Nationalitäten, die früher weder staatliche Existenz noch Autonomie hatten (z. B. die baschkirische und die tatarischen autonomen Republiken in der R.S.F.S.R., die im Jahre 1919 geschaffen wurden.)

8. Die Aufgabe der Kommunistischen Internationale besteht in dieser Beziehung darin, diese neuen, aber ohne Sowjetbewegungen entstehenden Föderationen zu studieren und auf dem Wege der Erfahrung nachzuprüfen. Die Föderation als die Uebergangsform zur vollen Einheit anerkennend, ist es notwendig,

ein immer engeres föderatives Bündnis anzustreben und dabei im Auge zu haben: 1. Die Unmöglichkeit, die Existenz der Sowjetrepubliken, die von in militärischer Hinsicht unvergleichlich mächtigeren imperialistischen Mächten der ganzen Welt umringt sind, ohne das engste Bündnis der Sowjetrepubliken zu verteidigen. 2. Die Notwendigkeit des engen wirtschaftlichen Bündnisses der Sowjetrepubliken, ohne das die Wiederherstellung der durch den Imperialismus zerstörten Produktivkräfte und die Sicherstellung des Wohlstandes der Arbeitenden undurchführbar sind. 3. Die Tendenz zur Schaffung einer einheitlichen von dem Proletariat aller Länder nach einem gemeinsamen Plan geleiteten Weltwirtschaft als eines Ganzen, eine Tendenz, die sich vollkommen klar schon während des Kapitalismus offenbart und die während des Sozialismus unbedingt weiter entwickelt werden muß.

9. Auf dem Gebiet der innerstaatlichen Beziehungen darf sich die nationale Politik der Kommunistischen Internationale nicht auf jene nackt-formale, rein deklarative und praktisch zu nichts verpflichtende Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen beschränken, auf die sich die bürgerlichen Demokraten beschränken, ganz gleich, ob sie sich offen als solche ausgeben oder ob sie sich in die Bezeichnung „Sozialisten", wie die Sozialisten der 2. Internationale, hüllen.

Nicht nur in der ganzen Propaganda und Agitation der kommunistischen Parteien — auf der Parlamentstribüne und außerhalb derselben — muß die fortwährende Verletzung der Gleichberechtigung der Nationen und der Rechtsgarantien der nationalen Minderheiten in allen kapitalistischen Staaten trotz ihrer „demokratischen" Verfassungen unerbittlich enthüllt werden, sondern es ist auch notwendig: 1. Die fortwährende Feststellung, daß nur die Sowjetverfassung imstande ist, in der Tat eine Gleichberechtigung der Nationen herzustellen, indem sie zuerst die Proletarier und dann die ganze Masse der Arbeitenden im Kampfe gegen die Bourgeoisie vereinigt; 2. die direkte Hilfe aller kommunistischen Parteien für die revolutionäre Bewegungen in den abhängigen und nicht gleichberechtigten Nationen (z. B. in Irland, unter den Negern Amerikas usw.) und den Kolonien.

Ohne diese letzte besonders wichtige Bedingung bleibt der Kampf gegen die Unterdrücker der abhängigen Nationen und der Kolonien sowie auch die Anerkennung ihres Rechtes auf staatliche Absonderung ein lügenhaftes Aushängeschild, wie wir dies bei den Parteien der 2. Internationale sehen.

10. Die Anerkennung des Internationalismus in Worten und seine Vertauschung mit dem kleinbürgerlichen Nationalismus und Pazifismus in den Taten, in der ganzen Propaganda-Agitation und praktischen Arbeit, ist eine sehr verbreitete Erscheinung nicht nur unter den Parteien der 2. Internationale, sondern auch unter denen, die aus dieser Internationale ausgetreten sind und sogar häufig unter denen, die sich jetzt kommunistisch nennen. Der Kampf mit diesem Uebel, mit den am meisten festgewurzelten kleinbürgerlich-nationalen Vorurteilen rückt um so mehr in den Vordergrund, je aktueller die Frage der Verwandlung der Diktatur des Proletariats aus einer nationalen (d. h. einer, die in einem Lande besteht und die nicht imstande ist, die Weltpolitik zu bestimmen) in eine internationale, wird, d. h. in eine Diktatur des Proletariats wenigstens einiger fortgeschrittener Länder, die einen entscheidenden Einfluß auf die ganze Weltpolitik besitzt. Der kleinbürgerliche Nationalismus erklärt die bloße Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen für Internationalismus und läßt dabei (ganz abgesehen von der rein phrasenhaften Bedeutung einer solchen Anerkennung) den nationalen Egoismus unberührt, während der proletarische Internationalismus fordert: 1. die Unterordnung der Interessen des proletaischen Kampfes in einem Lande unter die Interessen dieses Kampfes im internationalen Maßstabe; 2. die Fähigkeit und die Bereitschaft seitens der Nation, die den Sieg über die Bourgeoisie verwirklicht, die größten nationalen Opfer zum Zwecke des Sturzes des internationalen Kapitals zu bringen.

Auf diese Weise ist die erste und wichtigste Aufgabe in den Staaten, die schon vollständig kapitalistisch sind und Arbeiterparteien haben, die wirklich den Vortrupp des Proletariats darstellen, der Kampf gegen die opportunistischen und kleinbürgerlich-pazifistischen Entstellungen des Begriffs und der Politik des Internationalismus.

11. Im Verhältnis zu rückständigeren Staaten und Nationen mit vorherrschend feudalen und patriarchal bäuerlichen Verhältnissen muß man besonders beachten:

1. Die Notwendigkeit für alle kommunistischen Parteien, der bürgerlich-demokratischen Freiheitsbewegung in diesen Ländern Hilfe zu leisten. Vor allem obliegt die Pflicht der aktivsten Hilfeleistung den Arbeitern jenes Landes, von dem die rückständige Nation in kolonialer oder finanzieller Beziehung abhängig ist;
2. die Notwendigkeit des Kampfes mit der Geistlichkeit und anderen reaktionären und mittelalterlichen Elementen, die in den rückständigen Ländern noch Einfluß ausüben;
3. die Notwendigkeit des Kampfes mit dem Pan-Islamismus und ähnlichen Richtungen, die versuchen, die Freiheitsbewegung gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit der Verstärkung der Positionen der Khane, Großgrundbesitzer, Mullahs und anderer zu vereinigen;
4. die Notwendigkeit, die spezifisch bäuerliche Bewegung in den rückständigen Ländern gegen die Großgrundbesitzer und alle Aeußerungen und Reste des Feudalismus zu unterstützen. Die Notwendigkeit, der bäuerlichen Bewegung möglichst revolutionären Charakter zu geben, um einen möglichst engen Bund des westeuropäischen kommunistischen Proletariats mit der revolutionären Bewegung der Bauern im Osten, in den Kolonien, überhaupt in den rückständigen Ländern herbeizuführen;
5. die Notwendigkeit eines entschlossenen Kampfes mit dem Versuch, der bürgerlich-demokratischen Freiheitsbewegung in den rückständigen Ländern eine kommunistische Farbe zu geben. Die kommunistische Internationale muß die bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen in den Kolonien und den rückständigen Ländern nur unter der Bedingung unterstützen, daß die Elemente der künftigen proletarischen Parteien, die kommunistisch nicht nur dem Namen nach sind, in allen rückständigen Ländern im Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben, der Aufgaben des Kampfes mit den bürgerlich-demokratischen Bewegungen innerhalb ihrer Nation gruppiert und erzogen werden Die kommunistische Internationale muß einen zeitweiligen Bund mit der bürgerlichen Demokratie der Kolonien und der rückständigen Länder eingehen, aber sich nicht mit ihr verschmelzen und unbedingt die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung sogar in ihrer Keimform bewahren;
6. die Notwendigkeit der unaufhörlichen Aufklärung unter den breitesten arbeitenden Massen aller, besonders aber der rückständigen Länder, die Enthüllung jenes Betruges, den die imperialistischen Mächte unter dem Schein der Bildung politisch unabhängiger Staaten systematisch begehen, indem sie in wirtschaftlicher, finanzieller und militärischer Hinsicht vollkommen von ihnen abhängige Staaten schaffen. Unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen gibt es keine Rettung für die abhängigen und schwachen Nationen, als im Bund der Sowjetrepubliken.

12. Die jahrhundertelange Unterdrückung der kolonialen und schwachen Völkerschaften durch die imperialistischen Mächte hat in den arbeitenden Massen der unterdrückten Länder nicht nur Erbitterung, sondern auch Mißtrauen gegen die unterdrückenden Nationen im allgemeinen, darunter auch gegen das Proletariat dieser Nationen hinterlassen. Der niederträchtige Verrat am Sozialismus durch die Mehrheit der offiziellen Führer dieses Proletariats in den Jahren 1914—19, als man durch die „Verteidigung des Vaterlandes“ sozial-chauvinistisch die Verteidigung der „Rechte“ „seiner“ Bourgeoisie auf die Unterdrückung der Kolonien und die Ausplünderung finanziell abhängiger Länder verdeckte, konnte nicht umhin, dieses vollkommen berechtigte Mißtrauen zu verstärken. Andererseits, je rückständiger ein Land ist, desto stärker ist in ihm die kleine landwirtschaftliche Produktion, die Patriarchalität und die Kirchturmspolitik, die unvermeidlich den eingewurzeltsten kleinbürgerlichen Vorurteilen besondere Kraft und Dauer geben. Und zwar gerade dem Vorurteil des nationalen Egoismus und der nationalen Beschränktheit. Da diese Vorurteile nur nach dem Verschwinden des Imperialismus und des Kapitalismus in den vorgeschrittenen Ländern und nach einer radikalen Veränderung aller Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens der rückständigen Länder verschwinden können, so kann das Aussterben dieser Vorurteile nicht anders als sehr langsam vor sich gehen. Daher hat das klassenbewußte Proletariat aller Länder die Pflicht, sich mit besonderer Vorsicht und besonderer Aufmerksamkeit zu den Ueberlieferungen der nationalen Gefühle bei den am längsten unterdrückten Völkern und Ländern zu verhalten. Ebenso hat es die Pflicht, bestimmte Zugeständnisse zu machen, um möglichst schnell das erwähnte Mißtrauen und die erwähnten Vorurteile verschwinden zu lassen. Ohne bestimmtes Streben zum Bund und zur Einheit seitens des Proletariats sowie auch später aller arbeitenden Masse aller Länder, kann der Sieg über den Kapitalismus nicht erfolgreich durchgeführt werden.

Die dritte Sitzung.

Auf der Tagesordnung der dritten Sitzung steht die nationale und koloniale Frage. Lenin hält das Referat und begründet die von der Kommission ausgearbeitete Resolution.

Lenin berichtet, daß in der Kommission die Frage erörtert worden sei, ob die Kommunistische Internationale die bürgerlich-demokratische Bewegung in den rückständigen Ländern zu unterstützen habe. Die Kommission sei zu dem Entschluß gekommen, daß es richtiger sei, nicht von einer bürgerlich-demokratischen, sondern von einer national-revolutionären Bewegung zu sprechen. Der Hauptträger dieser Bewegung sei das Bauerntum. Die Kommunistische Partei aber könne keine Erfolge erzielen, wenn sie das Bauerntum nicht unterstütze. Hier tritt die Frage auf: welcher Unterschied besteht dann zwischen Kommunisten und Reformisten? Auch die Reformisten unterstützen die bürgerlich-demokratische Bewegung in den Kolonien, doch sind sie in Wirklichkeit Gegner jeder revolutionären Aktion in Kolonien und Halbkolonien. Die Unterstützung der national-revolutionären Bewegung durch die Kommunisten dürfe nur dann erfolgen, wenn es sich um eine wirkliche revolutionäre Bewegung handelt.

Lenin geht dann zur Frage der Bauernräte über. Die Erfahrungen in Rußland, ferner auch im Turkestan und anderen muselmanischen Republiken zeigen, daß die Rätebewegung nicht nur in proletarischen Ländern Erfolg haben kann, sondern auch in Ländern, in denen noch vorkapitalistische Beziehungen herrschen. Zwar wird die Organisation von Räten in diesen Ländern auf große Schwierigkeiten stoßen, aber trotzdem ist es unbedingt möglich, auch in ihnen eine selbständige revolutionäre Bewegung hervorzurufen. Die Räteidee ist einfach und leicht verständlich nicht nur für das Proletariat, sondern auch für die breiten nichtproletarischen Massen.

Sehr lebhafte Diskussionen hat in der Kommission die Frage hervorgerufen, ob Länder mit vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen die Etappe des Kapitalismus noch durchmachen müßten, oder ob sie direkt zum Kommunismus kommen könnten. Genosse Lenin ist der Ansicht, daß, wenn das siegreiche Proletariat, das in den entwickeltsten Industrieländern die Staatsgewalt in Händen hält, mit allen Mitteln seiner organisierten Staaten dem Osten zu Hilfe zu kommen wird, die rückständigen Länder das kapitalistische Stadium umgehen und direkt zum Kommunismus kommen können. Die Kommunistischen Parteien hätten jetzt die Pflicht, sofort mit der Rätearbeit in den zurückgebliebenen Ländern zu beginnen.

Sehr lebhaft hatten sich auch die Kommissionsberatungen über die Frage des Verhältnisses der Arbeiter der Mutterländer zur revolutionären Bewegung in den Kolonien gestaltet. Lenin weist darauf hin, daß die Arbeiter kapitalistischer Länder, die es ablehnen, die Bewegung in den Kolonien zu unterstützen, Verrat an der Revolution üben; in dieser Abart des Sozialpatriotismus läge eine große Gefahr für die Revolution, gegen die man auf das Entschiedenste ankämpfen müsse.

In der Diskussion spricht zunächst der Vertreter der persischen Kommunistischen Partei, Sultan-Sade. Er erinnert an die Erfahrungen des russischen Proletariats in Kirgisien, in Turkestan und in anderen kapitalistisch unentwickelten Gebieten. Sie haben bewiesen, daß man die Rätemacht auch dort errichten könne, wo es kein Industrieproletariat gibt. Um so mehr kann das von Persien, Aegypten und Indien gesagt werden, wo alle Arten der sozialen Differenzierung vorhanden und alle politischen Richtungen vertreten seien.

Lau berichtet über die Lage in China. Die Versailler Konferenz habe China nichts Positives gegeben, im Gegenteil, sie habe den Raub von drei chinesischen Provinzen durch Japan sanktioniert. Die chinesischen Massen haben darauf mit dem Boykott japanischer Waren geantwortet. Die sozialistische Partei gewinnt immer mehr Einfluß. Es sprechen dann noch Delegierte aus Korea, der Türkei und Vertreter des jüdischen Proletariats.

Vor der Abstimmung über die Thesen zur nationalen und kolonialen Frage erklärt Genosse Serrati, daß nach seiner Ansicht die soziale Revolution auch ohne die Unterstützung der sogenannten national-demokratischen Parteien verwirklicht werden könne, daß er sich daher der Stimme enthalten würde. Die Resolution wird einstimmig bei drei Stimmenthaltungen angenommen.

Auf dem Kongreß waren folgende Länder vertreten: 1. Rußland, 2. Deutschland, 3. Frankreich, 4. England (B.S.P. und Shop-Stewarts), 5. Italien, 6. Holland, 7. Ungarn, 8. Oesterreich, 9. Amerika, 10. Lettland, 11. Bulgarien, 12. Jugoslawien, 13. Schweiz, 14. Estland, 15. Irland, 16. Norwegen, 17. Türkei 18. China, 19. Persien, 20. Mexiko, 21. Holländisch-Indien, 22. Englisch-Indien.

Einen langen Bericht über die Lage in Indien hält der Indier Roj. Die nationalistische Bewegung habe seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts mehr oder weniger bestimmte Formen angenommen, und im Nationalkongreß ihren Ausdruck gefunden. Diese Bewegung habe in ihrer Entwicklung breite Kreise der mittleren Klassen und der Jugend erfaßt, doch habe die Aufforderung der Nationalisten, für die Unabhängigkeit Indiens zu kämpfen, in den breiten Volksmassen keinen Widerhall gefunden. Die Volksmasesn Indiens seien vom nationalen Geist nicht angesteckt. Es seien hauptsächlich Fragen sozialökonomischen Charakters, die sie interessierten. Die Lage der Bevölkerung in Indien ist eine äußerst kritische.

Seitdem sich in Indien das englische Kapital eingenistet hat, haben 80 Proz. der Bevölkerung, die von Landwirtschaft leben, ihren Besitz verloren und sind zu Tagelöhnern geworden. Diese Millionen von Menschen führen eine kümmerliche Existenz. Obgleich sie den Boden bebauen, müssen sie hungern. Denn alles, was durch ihre Hände Arbeit geschaffen wird, geht ins Ausland. Diese vielen Millionen Menschen haben kein Interesse für die bürgerlich-nationalistischen Losungen, nur die eine Losung: „Das Land dem Ackerbauer", ist für sie von Bedeutung.

Im Vergleich zum Landproletariat ist das Industrieproletariat in Indien nur in geringer Zahl vorhanden. Es gibt im ganzen nur gegen 5 Millionen Arbeiter. Unter diesen Arbeitern wächst die Gewerkschaftsbewegung sehr rasch an. In der letzten Zeit ist es in Indien viel zu Streiks gekommen. Der erste größere Streik fand im Jahre 1916 statt: er hatte alle Eisenbahner umfaßt und den Charakter eines Aufstands angenommen.

In Indien sind alle Vorbedingungen für die Gründung einer starken kommunistischen Partei vorhanden, aber die revolutionäre Bewegung hat, soweit es sich um die breiten Volksmassen handelt, mit der nationalen Unabhängigkeitsbewegung nichts zu tun.

Hiervon ausgehend, kommt Roj zu der Schlußfolgerung, daß es notwendig sei, aus Punkt 11 der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage den Absatz wegzulassen, in dem von der Notwendigkeit für alle kommunistischen Parteien, der bürgerlich-demokratischen Freiheitsbewegung in den Ostländern Hilfe zu leisten die Rede ist.

Roj steht auf dem Standpunkt, daß das Schicksal der revolutionären Bewegung in Europa vollkommen abhängig sei vom Verlauf der Revolution im Orient.

Den Ausführungen Roj's tritt Quelch von der britischen Kommunistischen Partei entgegen. Er weist nach, daß wir verpflichtet seien, jede Bewegung, die sich gegen den Imperialismus richtet, zu unterstützen. Die nationale Freiheitsbewegung in Indien habe vielleicht noch nicht die Sympathien der breiten Volksmassen auf ihrer Seite. Das bedeutet aber nicht, daß sie sie nicht sehr bald gewinnen wird. Es würde der englischen Regierung nicht schwer fallen, mit einer rein kommunistischen Propaganda in den Kolonien gründlich aufzuräumen und jede kommunistische Bewegung im Keime zu ersticken. Viel schwieriger sei es, gegen die nationale Freiheitsbewegung anzukämpfen. Lenin bekämpfte ebenfalls den Standpunkt Rojs.

Die 21 Thesen über den Kommunismus.

1. In einer Reihe von westeuropäischen und amerikanischen Ländern ist eine der brennenden Fragen der kommunistischen Taktik die Frage des parlamentarischen Kampfes. Die Spaltung der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Bildung einer antiparlamentarischen Fraktion in der italienischen Partei, die Stellung der belgischen kommunistischen Gruppe, die Meinungsverschiedenheiten in den Reihen der englischen Kommunisten, endlich die Stellungnahme der revolutionär-syndikalistischen Kreise und der J. W. W., alles dies erfordert genaue und konkrete Direkiven, seitens der Kommunistischen Internationale.

2. Der Parlamentarismus als Staatsform ist die „demokratische" Form der Herrschaft der Bourgeoisie, die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Fiktion einer Volksvertretung bedarf, die ihrem Aeußeren nach eine Organisation des außerklassenmäßigen Willens darstellt, ihrem Wesen nach aber eine Maschine der Knechtung und Unterdrückung in der Hand des herrschenden Kapitals ist.

3. Der Parlamentarismus ist eine bestimmte Form der staatlichen Ordnung. Darum kann er in keinem Falle die Form der kommunistischen Gesellschaft sein, die weder Klassen noch Klassenkampf, noch irgendeine Staatsmacht kennt.

4. Der Parlamentarismus kann nicht die Form der proletarischen Staatsverwaltung in der Uebergangsperiode von der Diktatur der Bourgeoisie zur Diktatur des Proletariats sein. In dem Augenblick, wo der Klassenkampf sich verschärft und in den Bürgerkrieg übergeht, muß das Proletariat seine staatliche Organisation unvermeidlich als eine Kampforganisation aufbauen, zu der Vertreter der früher herrschenden Klassen nicht zugelassen werden; die Fiktion des „allgemeinen Volkswillens" ist in diesem Stadium dem Proletariat einfach schädlich. Die parlamentarische Teilung der Gewalten ist für dasl Proletariat unnötig und schädlich. Die Form der proletarischen Diktatur ist die Räterepublik.

5. Die bürgerlichen Parlamente, die einen wichtigen Teil der Staatsmaschinen der Bourgeoisie darstellen, können nicht erobert werden, wie auch das Proletariat überhaupt nicht den bürgerlichen Staat erobern kann. Die Aufgabe des Proletariats besteht darin, die Staatsmaschinerie der Bourgeoisie zu sprengen, sie zu zerstören und zugleich mit ihr die parlamentarischen Einrichtungen, seien es republikanische oder konstitutionell-monarchische.

6. Dasselbe gilt auch für die kommunalen Einrichtungen der Bourgeoisie, die den Staatsorganen entgegenzustellen, theoretisch falsch ist. In Wirklichkeit sind sie ähnliche Apparate des Staatsmechanismus der Bourgeoisie, die das revolutionäre Proletariat vernichten und durch örtliche Arbeiterräte ersetzen muß.

7. Folglich verneint der Kommunismus den Parlamentarismus als Form der Zukunft. Er verneint ihn als Form der Klassendiktatur des Proletariats. Er verneint die Möglichkeit der Eroberung der Parlamente. Er setzt sich die Zerstörung des Parlamentarismus zum Ziel. Darum kann die Rede sein nur von der Benutzung bürgerlicher Staatseinrichtungen mit dem Ziel, sie zu zerstören. So und nur so kann die Frage gestellt werden.

8. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf, da er letzten Endes ein Kampf um die Macht ist, ein beliebiger Streik, der sich auf das ganze Land verbreitet, fängt an, den bürgerlichen Staat zu bedrohen und erlangt dadurch politische Kräfte. Die Bourgeoisie stürzen und ihren Staat auf jede Art zu zerstören suchen, das heißt: den politischen Kampf führen. Einen eigenen Klassenapparat schaffen — zur Verwaltung und zur Unterdrückung der Widerstand leistenden Bourgeoisie — welcher Art dieser Apparat auch sein möge — das heißt: die politische Macht erobern.

9. Folglich reduziert sich die Frage des politischen Kampfes ganz und gar nicht auf die Frage des Verhältnisses des Proletariats, soweit dieser Kampf vom kleinen, und partiellen Kampf zum Kampf um den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung übergeht.

10. Die hauptsächliche Methode des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie ist vor allem die Methode der Massenaktion. Diese Massenaktionen werden durch die Massenorganisationen des Proletariats unter allgemeiner Führung einer geschlossenen, disziplinierten und zentralisierten kommunistischen Partei organisiert und geleitet. Der Bürgerkrieg ist ein Krieg. In diesem Kriege

muß das Proletariat sein gutes politisches Offizierskorps, seinen guten politischen Generalstab haben, der alle Operationen auf allen Kampfgebieten leitet.

11. Der Massenkampf ist ein ganzes System sich entwickelnder Aktionen, die sich ihrer Form nach verschärfen, und die logisch zum Aufstand gegen den kapitalistischen Staat führen. In diesem Massenkampfe, der sich zum Bürgerkrieg entwickelt, muß die führende Partei des Proletariats in der allgemeinen Regel alle möglichen legalen Positionen besetzen, sie zu Hilfsstützpunkten für ihre revolutionäre Arbeit machen und diese Positionen dem Plane des Hauptfeldzuges, des Massenkampfes unterwerfen.

12. Einer dieser Hilfsstützpunkte ist die Tribüne des bürgerlichen Parlaments. Gegen die Teilnahme am Kleinkampf kann man ganz und gar nicht den Einwand erheben, daß diese eine bürgerliche Staatseinrichtung sei. Die Kommunistische Partei geht in diese Einrichtung nicht, um dort organische Arbeit zu leisten, sondern um die Staatsmaschine der Bourgeoisie und das Parlament selbst von innen zu sprengen

13. Diese Arbeit in den Parlamenten, die sich hauptsächlich auf revolutionäre Agitation von der parlamentarischen Tribüne aus Entlarvung der Gegner, geistige Sammlung der Massen usw. reduziert, muß dem Ziel und den Aufgaben des außerparlamentarischen Massenkampfes gänzlich untergeordnet sein.

14. Dazu sind folgende Bedingungen notwendig: 1. Keinerlei „Autonomie" für die kommunistische Parlamentsfraktion und ihre unbedingte Unterordnung unter das Zentralkomitee der Partei. 2. Ständige Kontrolle und Direktiven durch das Exekutivkomitee. 3. Anpassung der parlamentarischen Aktionen an die außerparlamentarischen Aktionen. 4. Revolutionäre Stellung im Parlament, d. h. keine „prinzipielle" Angst vor der Uebertretung des Rahmens der parlamentarischen Geschäftsordnung, 5. Ausübung eines Teiles der außerparlamentarischen Arbeit durch die kommunistischen Parlamentsmitglieder, besonders in Verbindung mit Massenaktionen. 6. Ständige Verbindung mit der illegalen Arbeit und Ausnutzung der parlamentarischen Immunität, soweit sie besteht, zu diesem Zwecke. 7. Sofortige Abberufung oder Ausschluß aus der Partei jeden Mitgliedes der Parlamentsfraktion, das in seiner Parlamentsarbeit gegen die Direktiven der Partei verstößt.

15. Die Wahlkampagne selbst darf nicht im Geiste einer Jagd um möglichst viel Parlamentsmandate geführt werden, sondern im Geiste einer revolutionären Mobilisierung der Massen um die Losungen der proletarischen Revolution. Den Wahlkampf muß die ganze Masse der Parteimitglieder und nicht nur die Spitze der Partei führen. Es ist notwendig, alle Massenaktionen, die im gegebenen Augenblick gegeben sind (Streiks, Demonstrationen, Bewegung unter den Soldaten und Matrosen usw.) auszunutzen und mit ihnen im vollen Kontakt sein. Es ist notwendig, alle proletarischen Massenaktionen in die aktive Arbeit hineinzuziehen.

16. Beobachtung dieser Bedingungen ist die parlamentarische Arbeit das volle Gegenteil des schmutzigen Politikastertums, das durch die sozialdemokratischen Parteien aller Länder praktiziert wird, die ins Parlament gehen, um diese „demokratische" Einrichtung zu stützen und im besten Falle zu „erobern". Die Kommunistische Partei kann sich ausschließlich für die revolutionäre Ausnutzung des Parlamentarismus nach Karl Liebknecht, Höglund und die Bolschewiki einsetzen

17. Der prinzipielle „Antiparlamentarismus" im Sinne der absoluten und kategorischen Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen und der revolutionären Parlamentsarbeit ist so eine keiner Kritik widerstehende, naive, kindische Doktrin, die als Ursprung manchmal eine gesunde Abneigung gegen die politikasternden Parlamentarier hat, aber die zu gleicher Zeit keine Möglichkeit des revolutionären Parlamentarismus sieht. Außerdem verbindet sich diese Doktrin oft mit einer gänzlich falschen Vorstellung der Rolle der Partei, die in diesem Falle nicht als der zentralisierte Kampfvortrupp der Arbeiter, sondern als ein dezentralisiertes System schlecht miteinander verbundener revolutionärer Zellen aufgefaßt wird.

18. Andererseits folgt aus der prinzipiellen Anerkennung der Parlamentsarbeit ganz und gar nicht, die absolute Anerkennung der Notwendigkeit konkreter Wahlen und konkreter Teilnahme an den Parlamentssitzungen unter allen möglichen Bedingungen. Hier hängt die Frage von einer Reihe spezifischer Bedingungen ab. Bei einer bestimmten Verbindung dieser Bedingungen kann der Austritt aus dem Parlament sich als notwendig erweisen. So handelten die Bolschewiki, als sie aus dem Vorparlament austraten, um es zu sprengen und es zugleich zu entkräften und ihm scharf den vor der Leitung des Aufstandes stehenden Petrograder Arbeiterrat gegenüberzustellen. So handelten sie in der Konstituante am Tage ihrer Vertreibung, als sie alle Macht auf den Zweiten Sowjetkongreß übertrugen. Unter anderen Bedingungen kann ein Boykott der Wahlen und der unmittelbare gewaltsame Sturm auf die parlamentarische bürgerliche Clique oder Teilnahme an den Wahlen bei Boykott des Parlaments selbst usw. notwendig sein.

19. So muß die Kommunistische Partei bei Anerkennung der allgemeinen Regel, daß die Teilnahme an den Wahlen sowohl zu den Zentral-Parlamenten wie auch zu den Organen der örtlichen Selbstverwaltung und auch der Arbeit an diesen Einrichtungen notwendig sei, die Frage konkret lösen, indem sie von der Bewertung der spezifischen Besonderheiten des gegebenen Augenblicks ausgeht. Der Boykott der Wahlen oder des Parlaments wie auch der Austritt aus diesem ist hauptsächlich dann zulässig, wenn die Bedingungen zum unmittelbaren Uebergang zum bewaffneten Kampf um die Macht vorhanden sind.

20. Dabei ist es notwendig, ständig die relative Unwichtigkeit dieser Frage im Auge zu haben. Wenn der Schwerpunkt im außerparlamentarischen Kampfe um die Staatsmacht liegt, so ist es selbstverständlich, daß die Frage der proletarischen Diktatur und des Massenkampfes um sie mit der partiellen Frage der Ausnutzung des Parlamentarismus nicht zu vergleichen ist.

21. Darum unterstreicht die Kommunistische Internationale mit aller Entschiedenheit, daß sie jede Spaltung oder Versuch einer Spaltung innerhalb der Kommunistischen Partei, die sich auf dieser Linie bewegen, für ein Verbrechen gegen die Arbeiterbewegung hält. Der Kongreß fordert alle Elemente, die auf dem Boden der Anerkennung des Massenkampfes stehen um die proletarische Diktatur unter Leitung der zentralisierten Partei des revolutionären Proletariats, die ihren Einfluß in allen Massenorganisationen des Proletariats verwirklicht, auf: die volle Einheit der kommunistischen Elemente, ungeachtet möglicher Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Parlamentarismus zu erstreben.

Die Sitzung vom 29. Juli.

In der Sitzung vom 29. Juli wird über die Bedingungen des Beitritts zur 3. Internationale beraten. Das Referat hält Sinowjew. Er spricht von der ernsten Gefahr, die der Kommunistischen Internationale und der Weltrevolution durch den Beitritt der Zentrumsparteien droht. Nach dem ersten Kongreß wurde die 3. Internationale verlacht, es hieß, ihre sämtlichen Mitglieder könnten an einem Tisch Platz nehmen; die alten, der gelben Internationale treu gebliebenen Parteien äußerten damals nicht den geringsten Wunsch, sie zu verlassen. Seither hat sich vieles geändert. Unter dem Druck der Arbeitermassen werden die alten eingefleischten Vertreter der Ideologie der 2. Internationale gezwungen, jede Verbindung mit ihr — wenigstens offiziell — abzubrechen und an die Tür der Kommunistischen Internationale zu klopfen. Sinowjew unterstreicht, daß die 3. Internationale keine Propagandagesellschaft ist, sondern eine internationale Kampforganisation des Proletariats. Paul Louis irrt, wenn er sagt, daß die 1. und 2. Internationale aus den gleichen Gründen zusammengebrochen seien. Die 1. Internationale fiel in heldenmütigem Kampf gleichzeitig mit der Pariser Kommune. Die 2. Internationale aber hat schmachvoll abgedankt, weil sie den Kampf nicht wollte Die 3. Internationale wird die Traditionen der ersten fortsetzen, sie muß zu einer führenden Kampforganisation mit klaren Zielen und Aufgaben werden. Oft wird die 3. Internationale als eine Organisation dargestellt, die nur für den Osten Bedeutung hat. Es handelt sich aber hier nicht um einen Unterschied zwischen Osten und Westen, sondern zwischen Kommunismus und Opportunismus. Die ungarische Lehre darf nicht vergessen werden. Im entscheidenden Momente haben die ungarischen Opportunisten das Proletariat mit ebenso großer Leichtigkeit verraten, wie sie vorher auf die Seite der Kommunisten übergegangen waren.

Sinowjew zitiert einen Artikel von Grimm, in dem dieser die Notwendigkeit des Austritts der sozialistischen Parteien aus der 2. und ihres Beitritts zur 3. Internationale nachweist; die 3. Internationale würde dann, nach seiner Ansicht, die Aufgabe haben, einen internationalen Informationsdienst einzurichten und die Parlamentsarbeit durch Einbringung verschiedener Projekte zu organisieren. Weiter zitiert Sinowjew den italienischen Opportunisten Modigliani, der ebenfalls bereit ist, der 3. Internationale beizutreten, weil das ja nur dazu verpflichten würde, einmal in zwei Wochen eine Postkarte nach Moskau zu schreiben. Ein anderer italienischer Opportunist hat erklärt, er bleibe in der Partei, um hier für seine Ziele zu wirken.

Sinowjew geht dann zu einer genauen Analyse der politischen Zusammensetzung der einzelnen Parteien über, die der 3. Internationale noch nicht angehören, ihr aber beizutreten wünschen. Die französische Partei charakterisiert er als eine sozialpazifistische. In der „Humanité" sitzen Linke und Rechte einträchtiglich beisammen, heute schreibe dort Frossard, morgen sein „Freund" Renaudel. Dann geht Sinowjew zur Kritik der Unabhängigen Partei Deutschlands über. Er stellt fest, daß die Massen der U. S. P. D. weit radikaler sind als ihre Führer. In ihrem Antwortschreiben an das Exekutivkomitee erklärt die U. S. P., es gäbe in ihrer Partei keine Meinungsverschiedenheiten zwischen Führern und Massen, und sie verlangt Loyalität gegenüber den Führern. „Gegenüber Kautsky, Hilferding und Ströbel Loyalität üben", sagt Sinowjew, „das würde Sabotage des Kampfes und Verrat an der Sache des Kommunismus bedeuten."

Weiter kritisiert Sinowjew die Stellungnahme der Unabhängigen zum Versailler Frieden und zur Frage des Terrors. Der Parteivorstand steht auf Kautskys Standpunkt, und man erlebt das Schauspiel, wie der tote Kautsky den gesunden und lebendigen Däumig über den Haufen wirft.

Auch der 3. Internationale bereits angeschlossene Parteien müssen einer Kritik unterzogen werden. Die italienische Partei duldet z. B. in ihren Reihen immer noch Turati, Modigliani u. a., die eine reformistische Politik treiben, die augenblicklich als konterrevolutionär gelten muß. Die linksstehenden Genossen kämpfen nicht entschlossen genug gegen diese Elemente, sie gestatten ihnen, für ihren Einfluß das Vertrauen der Massen zur 3. Internationale auszunutzen.

Weiter spricht Sinowjew von den linken Parteien Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Jugo-Slaviens, die neben den linken kommunistischen Flügeln auch opportunistische Elemente in ihren Reihen dulden.

Zum Schluß erklärt Sinowjew, daß die Kommission, die sich mit diesen Fragen befaßte, dem Kongreß vorschlage, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Französische Sozialistische Partei jetzt nicht aufzunehmen, sondern dem Exekutivkomitee, dem ja der Kongreß durch die Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale klare Direktiven geben würde, die Lösung dieser Frage zu überlassen. Der Kongreß wird ein klares Programm schaffen; jeder Arbeiter wird es kennen. „Was die Führer auch tun mögen," so schließt Sinowjew seine Rede, „die Massen sind mit uns, sie werden über ihre Führer hinweg zu uns kommen. Die Stunde der Bourgeoisie hat geschlagen."

Es sprechen dann nach einigen Rednern Frankreichs, der Schweiz und Italiens die deutschen Unabhängigen Crispien und Dittmann.

Crispien versucht die gegen die U. S. P. D. gerichteten Vorwürfe des Referenten und der Diskussionsredner zurückzuweisen. Die Partei habe wohl viele Fehler gemacht, jedoch sei das Vertrauen der Massen zu den Führern nicht erschüttert. Die Partei bestände aus proletarischen und nicht kleinbürgerlichen Elementen, wie die S. P. D. Die Spaltung innerhalb der Partei sei wohl eine Notwendigkeit, da es in ihr Elemente gäbe, die nicht mehr zu ihr gehören dürften, doch müsse diese Spaltung mit größter Vorsicht vorgenommen werden. Man dürfe nicht vergessen, daß das revolutionäre Proletariat Deutschlands jetzt schon in mehrere Lager gespalten ist.

Zum Schluß gibt Crispien seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kongreß sich auf den Standpunkt des Zusammenschlusses aller ehrlich revolutionär gesonnenen Elemente stellen wird, sonst würde die Revolution in Deutschland vor neuen und ernsten Schwierigkeiten stehen.

Dittmann spricht sehr eingehend über die Beziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland zu Beginn der Revolution. Damals seien es die Rechtssozialisten gewesen, die die Politik bestimmt hätten.

Die Sitzung vom 30. Juli.

In der Sitzung vom 30. Juli spricht zunächst Rakowski. Er polemisiert gegen die deutschen Unabhängigen, die er die Helfershelfer der Rechtssozialisten und der Entente nennt, und kritisiert die Politik der deutschen Regierung zur Zeit, als die Unabhängigen ihr noch angehörten. Rakowski schiebt den Unabhängigen die Verantwortung für die bisherige Niederlage der proletarischen Revolution in Deutschland zu. Noch schärfere Kritik übt Rakowski an der französischen Sozialistischen Partei.

Der nächste Redner ist Serrati. Er analisiert die politische Lage der einzelnen Länder.

Das Wort erhält Lenin, der die Rede Crispiens ausführlich analysiert. Er sagt, daß diese Rede ein sehr wertvolles Dokument sei, weil sie die Stellungnahme des rechten Flügels der Unabhängigen Partei klar zum Ausdruck bringe. Lenin stellt fest, daß die Ansicht Crispiens über die Diktatur des Proletariats ihn mit Kautsky in enge Verwandtschaft brächte. Es sei auch nicht zufällig, daß Crispien von dem Kampf der Richtungen auf dem Parteitag der Unabhängigen, wie überhaupt innerhalb der Partei, kein Wort gesagt habe. Ein Zeichen des Opportunismus sei auch die zu spät erfolgte Trennung von den Scheidemännern. Weiter analysiert Lenin die Anschauungen der Unabhängigen Partei, vielmehr ihres rechten Flügels, über Terror und Gewalt. Er fragt, wie sich wohl die Partei der Unabhängigen nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats gegenüber den Mördern Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, gegenüber den reaktionären Offizieren und Marodeuren, gegenüber Krupp und Stumm verhalten würde. Gegenüber solchen Elementen der Konterrevolution sei eine andere Politik, als die des Terrors und der Gewalt undenkbar. Ohne Terror gegen die erbittersten Feinde des Proletariats und der werktätigen Massen ist die Diktatur des Proletariats nicht durchzuführen. „Ihr sagt, daß Kautsky in eurer Partei keinen Einfluß habe," schließt Lenin seine Rede, „aber ihr selbst seid ein Beweis dafür, daß er durch euch, durch eure Ideologie seinen verderblichen bürgerlichen Einfluß auf die Massen der Unabhängigen Partei ausübt. Wir können nicht in einer Internationale mit Kautsky arbeiten. Wie die Situation auch sein möge, wir müssen immer gegen die Opportunisten Kampf führen, und zwar in einer revolutionären Epoche noch schärfer, als in einer nicht revolutionären."

Dr. Levi widerspricht heftig der Aufnahme der U. S. P. D. in die Kommunistische Internationale. Er führt eine Reihe von Tatsachen an, und verliest Dokumente, die davon zeugen, daß die Unabhängige Partei keine wahrhaft revolutionäre sei, daß sie zum Wilsonismus und Sozialpazifismus neige.

Däumig spricht über die Evolution der politischen Stimmung der Arbeitermassen, die zur Unabhängigen Partei gehören, und von den Schwierigkeiten, auf die die Führer im Prozeß der Durchführung der revolutionären Taktik stoßen.

Stöcker stellt fest, daß verschiedene Genossen auf dem Kongreß und in Privatgesprächen den Wunsch geäußert hätten, die U. S. P. D. möge sich spalten. Stöcker anerkennt, daß es innerhalb der Partei verschiedene Richtungen und Anschauungen über die Diktatur des Proletariats, über die Nationalversammlung und das Rätesystem gebe, aber die ganze Konjunktur des politischen Lebens in Deutschland und die natürliche Entwicklung der Ideen innerhalb der Unabhängigen Partei seien augenblicklich für die Spaltung noch nicht reif. Was den Terror und die Anwendung von Gewalt anbetrifft, so gebe es in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten. Er, Stöcker, selbst habe in Leipzig gesagt, daß der revolutionäre Terror unter gewissen Bedingungen eine Notwendigkeit sei. Wenn die deutsche Revolution fühlen wird, daß ihr das Messer an der Kehle sitzt, wie es hier in Rußland der Fall war, so wird diese Notwendigkeit gegeben sein. Die voneinander verschiedenen Evolutionen der Kommunistischen Partei Rußlands und der U. S. P. D. erklärten sich daraus, daß man in Deutschland keine Verbindung zu Rußland gehabt habe.

Sinowjew unterstreicht in seinem Schlußwort noch einmal die Gefahr, die der 3. Internationale droht, wenn Parteien mit so stark opportunistischen Tendenzen, wie die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Französische Sozialistische Partei sich ihr anschließen.

Die Aufnahmebedingungen der Dritten Internationale.

1. Die gesamte Propaganda und Agitation muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und dem Beschluß der 3. Internationale entsprechen. Alle Preßorgane der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden, die ihre Hingebung für die Sache des Proletariats bewiesen haben. Von der Diktatur des Proletariats muß nicht einfach wie von einer landläufigen eingepaukten Formel gesprochen werden, sondern sie muß so prapagiert werden, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, Arbeiterin, Soldaten und Bauern verständlich wird aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unserer Presse systematisch beobachtet und Tag für Tag ausgenutzt werden müssen.

Die periodische und unperiodische Presse und alle Parteiverlage müssen völlig dem Parteivorstand unterstellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Augenblick legal oder illegal ist. Es ist unzulässig, daß die Verlage ihre Autonomie mißbrauchen und eine Politik führen, die der Politik der Partei nicht ganz entspricht.

In den Spalten der Presse, in Volksversammlungen, in den Gewerkschaften, in Konsumvereinen — überall, wohin sich die Anhänger der 3. Internationale Eingang verschaffen, ist es notwendig, nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen systematisch und unbarmherzig zu brandmarken.

2. Jede Organisation, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen will, muß regelrecht und planmäßig aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (Parteiorganisationen, Redaktionen, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Genossenschaften, Kommunalverwaltungen) die reformistischen und Zentrumsleute entfernen und sie durch bewährte Kommunisten ersetzen, ohne sich daran zu stoßen, daß besonders am Anfang an die Stelle von „erfahrenen" Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen.

3. Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Loyalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen. In all den Ländern, wo die Kommunisten infolge des Belagerungszustandes und von Ausnahmegesetzen nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu führen, ist die Kombinierung der legalen mit der illegalen Tätigkeit unbedingt notwendig.

4. Die Pflicht zur Verbreitung der kommunistischen Ideen schließt die besondere Verpflichtung zu einer nachdrücklichen systematischen Propaganda im Heere in sich. Wo diese Agitation durch Ausnahmegesetze unterbunden wird, ist sie illegal auszuführen. Der Verzicht auf eine solche Arbeit würde einen Verrat an der revolutionären Pflicht gleichen und mit der Zugehörigkeit zur 3. Internationale unvereinbar sein.

5. Es ist eine systematische und planmäßige Agitation auf dem flachen Lande notwendig. Die Arbeiterklasse vermag nicht zu siegen, wenn sie nicht die Landproletarier und wenigstens einen Teil der ärmsten Bauern hinter sich hat und die Neutralität eines Teiles der übrigen Dorfbevölkerung durch ihre Politik gesichert hat. Die kommunistische Arbeit auf dem flachen Lande gewinnt gegenwärtig hervorragende Bedeutung. Sie muß vornehmlich mit Hilfe der revolutionären, kommunistischen Arbeiter der Stadt und des Landes geführt werden, die mit dem flachen Lande Verbindung haben. Der Verzicht auf diese Arbeit oder deren Uebergabe in unzuverlässige, halbreformistische Hände, gleicht einem Verzicht auf die proletarische Revolution.

6. Jede Partei, die der 3. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Unaufrichtigkeit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei „demokratische" Erneuerung des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten.

7. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, sind verpflichtet, den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des „Zentrum" anzuerkennen, und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitgliedschaft zu propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich.

Die Kommunistische Internationale fordert unbedingt und ultimatio die Durchführung dieses Bruches in kürzester Frist. Die Kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, daß notorische Opportunisten, wie sie jetzt durch Turati, Kautsky, Hilferding, Hillquit, Longuet, Macdonald, Modigliani u. a. repräsentiert werden, das Recht haben sollen, als Angehörige der 3. Internationale zu gelten. Das könnte nur dazu führen, daß die 3. Internationale in hohem Maße der umgekommenen 2. Internationale ähnlich sein würde.

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besondere ausgeprägte und klare Stellung der Parteien in denjenigen Ländern notwendig, deren Bourgeoisie im Besitze von Kolonien ist und andere Nationen unterdrückt. Jede Partei, die der 3. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kniffe „ihrer" Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen.

9. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums" zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.

10. Jede der Kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer „Internationale" der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklichst propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.

11. Parteien, die der 3. Internationale angehören wollen, sind verpflichtet, den persönlichen Bestand der Parlamentsfraktionen einer Revision zu unterwerfen, alle unzuverlässigen Elemente aus ihnen zu beseitigen, diese Fraktionen nicht nur in Worten, sondern in der Tat den Parteivorständen unterzuordnen, indem von jedem einzelnen kommunistischen Parlamentsmitglied gefordert wird, er möge seine gesamte Tätigkeit den Interessen einer wirklich revolutionären Propaganda und Agitation unterwerfen.

12. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in

ihr herrscht, und wenn ihr Parteizentrum, getragen von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft mit der Fülle der Macht: Autorität und den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet wird.

13. Die Kommunistischen Parteien derjenigen Länder, in denen die Kommunisten ihre Arbeit legal führen, müssen von Zeit zu Zeit Säuberungen (neue Registrierungen) des Bestandes ihrer Parteiorganisation vornehmen, um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu säubern.

14. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, einer jeden Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlosen Beistand zu leisten. Die kommunistischen Parteien müssen eine unzweideutige Propaganda führen zur Verhinderung des Transports von Kriegsmunition an Feinde der Sowjetrepublik; ferner müßte sie unter den zu Erdrosselung von Arbeiterrepubliken entsandten Truppen mit allen Mitteln legal oder illegal Propaganda treiben usw.

15. Parteien, die bisher noch ihre alten sozialdemokratischen Programme beibehalten haben, sind nun verpflichtet, in möglichst kurzer Zeit diese Programme zu ändern und entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes ein neues kommunistisches Programm im Sinne der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale auszuarbeiten. In der Regel muß das Programm jeder zur Kommunistischen Internationale gehörenden Partei von dem ordentlichen Kongreß der Kommunistischen Internationale oder Exekutivkomitee bestätigt werden. Im Fall der Nichtbestätigung des Programms der einen oder der anderen Partei durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, hat die betreffende Partei das Berufungsrecht an den Kongreß der Kommunistischen Internationale.

16. Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale, wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend. Die in Verhältnissen des schärfsten Bürgerkrieges tätige Kommunistische Internationale muß bei weitem zentralisierter aufgebaut werden, als das in der 2. Internationale der Fall war. Dabei müssen, selbstverständlich die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit, den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung tragen, unter denen die einzelnen Parteien zu kämpfen und zu arbeiten haben, und Beschlüsse von allgemeiner Gültigkeit nur in solchen Fragen fassen, in denen solche Beschlüsse möglich sind.

17. Im Zusammenhang damit müssen alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollen, ihre Benennung ändern. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale angehören will, hat den Namen zu tragen: Kommunistische Partei des und des Landes (Sektion der 3. Kommunistischen Internationale). Die Frage der Benennung ist nicht nur eine formelle, sondern in hohem Maße eine politische Frage von großer Wichtigkeit. Die Kommunistische Internationale hat der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien den Krieg erklärt. Es ist notwendig, daß einem jeden einfachen Werktätigen der Unterschied zwischen den kommunistischen Parteien und den alten offiziellen „sozialdemokratischen" und „sozialistischen" Parteien, die das Banner der Arbeiterklasse verraten haben, klar sind.

18. Alle führenden Preßorgane der Parteien aller Länder sind verpflichtet, alle wichtigen offiziellen Dokumente der Exekutive der kommunistischen Internationale abzudrucken.

19. Alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören oder einen Antrag auf Beitritt gestellt haben, sind verpflichtet, möglichst schnell, aber spätestens nach 4 Monaten seit dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, um alle diese Bedingungen zu prüfen. Dabei müssen die Zentralen dafür sorgen, daß allen Lokalorganisationen die Beschlüsse des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale bekannt werden.

20. Diejenigen Parteien, die jetzt in die 3. Internationale eintreten möchten, aber ihre bisherige Taktik nicht radikal geändert haben, müssen vor ihrem Eintritt in die 3. Internationale dafür sorgen, daß nicht weniger als ¾ der Mitglieder

ihrer Zentralkomitees und aller wichtigen Zentralinstitutionen aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale unzweideutig für den Eintritt der Partei in die 3. Internationale öffentlich ausgesprochen haben. Ausnahmen sind zulässig mit Bestätigung der Exekutive der 3. Internationale. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat das Recht auch für die im § 7 genannten Vertreter der Zentrumsrichtung Ausnahmen zu machen.

21. Diejenigen Parteiangehörigen, die die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen.

Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum außerordentlichen Parteitage.

Die Sitzung vom 2. August.

Die Morgensitzung am 2. August eröffnet Sinowjew. Er erinnert die Anwesenden daran, daß der 2. August der Todestag der ungarischen Räterepublik sei.

Bucharin beginnt sein Referat mit der Mitteilung, daß er den Inhalt der Diskussionen wiedergeben wolle, die in der Kommission über die Frage des Parlamentarismus stattgefunden haben.

Bucharin zieht eine Parallele zwischen der Rolle des Parlamentarismus vor dem Weltkrieg und den Wandlungen dieser Rolle zu Beginn und im weiteren Prozeß des Krieges. Die Epoche der Entwicklung des Imperialismus ist vor allem charakterisiert durch die Interessengemeinschaft der imperialistischen Bourgeoisie und des Proletariats, wenigstens seiner qualifizierten Elemente, eine Interessengemeinschaft, die Kautsky in seinen Werken bestreitet. Der Parlamentarismus, so wie er in Westeuropa bestand, war auch eine der Formen des Hineinwachsens proletarischer Organisationen in einen Apparat kapitalistischer Ausbeutung. Doch sind die Organisationen des Proletariats nach und nach wieder zu Werkzeugen des Klassenkampfes geworden, zu Werkzeugen der Entwaffnung des bürgerlichen Staates und des Kampfes um eine neue Ordnung. Die Reformisten sehen im Parlament ein Mittel zur Durchführung dieser oder jener Notwendigkeiten; für uns ist er nur ein Mittel zur Agitation und Propaganda unter den Werktätigen und zur Organisation der breitesten Volksmassen um unser Banner, eine Arena für den Kampf gegen die Bourgeoisie.

Analysiert man von diesem Standpunkt die Zusammensetzung der größten proletarischen Parlamentsfraktionen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sie unbefriedigend sind. So sehen wir, daß die Arbeiterklasse in den Parlamenten Westeuropas hauptsächlich von Opportunisten und Reformisten, im besten Fall durch Zentrumsleute in der Art der deutschen Unabhängigen vertreten ist. Was aber stellt die Unabhängige Partei dar? Die Unabhängigen verstehen die Bedeutung des Parlamentarismus nicht. Sie verstehen nicht, daß das Parlament nur eine Tribüne sein darf, nur ein Werkzeug des revolutionären Kampfes, ein Mittel zur Organisation der werktätigen Massen zu ihrer Vorbereitung für den bewaffneten Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Der Antiparlamentarismus der Arbeiter der J.W.W. (Weltarbeiterunion), die den opportunistischen Parlamentarismus instinktiv hassen und ihm mißtrauen, ist uns viel sympathischer. Es ist aber notwendig, daß wir überall, selbst in den kapitalistischen Ausbeutungsapparaten, unsere, wenn man so sagen kann, Agenten haben. Die Tätigkeit im Parlament ist sehr gefährlich, und viele Gegner des revolutionären Parlamentarismus bekämpfen ihn darum, weil sie sich fürchten, solche gefährliche revolutionäre Posten zu bekleiden. Jede solche Berührung ist für eine wahrhaft proletarische Partei ein neuer Anlaß zum Zusammenstoß und eine neue Phase im revolutionären Klassenkampf." Dann erhält Bordiga (Italien) das Wort zu einem Korreferat. Es sprechen noch einige weitere Vertreter.

Die Sitzung vom 3. August.

In der Sitzung vom 3. August hält Radek das Referat zur Gewerkschaftsfrage. Er geht zunächst auf die Beziehungen ein, die zwischen der Kommunistischen Internationale und den Gewerkschaften hergestellt werden müssen; diese Beziehungen seien durch die Bedeutung der Gewerkschaften als Massenorganisationen der Arbeiter vorausbestimmt. Radek bestreitet die Ansicht Rosa

Luxemburgs, daß die Gewerkschaften ihre Rolle schon ausgespielt hätten und zitiert als Beweis Zahlen über die Mitgliedschaften der Gewerkschaften vor und nach dem Kriege. In Wirklichkeit beweist das Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung das Wachstum der Organisation der Arbeiterklasse, die ihre Bataillone und Kolonnen formiert. Die Lebensverhältnisse der Arbeiter, die Teuerung, die erhöhte Sterblichkeit usw. erfordern diese Organisation. Der Prozeß des kapitalistischen Zerfalls schreitet unaufhaltsam vorwärts. Die steigende Arbeitslosigkeit, das immer entschlossenere Zusammengehen der Arbeiter — das sind Erscheinungen, die alle opportunistischen Illusionen zerstören werden. Die wirtschaftlichen Krisen haben erst begonnen, und schon ist die Lage der Arbeiterklasse eine unerträgliche. Der Kampf des Proletariats wird ein erbitterter sein. Doch wird es jetzt nicht mehr — wie in den meisten bisherigen Gewerkschaftskämpfen — um Lohnerhöhungen gehen. Die Aufgaben sind jetzt andere geworden. Vor allem ist es notwendig, möglichst alle Schichten der Arbeiter durch die Organisation zu erfassen. Die Aufgabe der Kommunisten ist der Kampf gegen die alte Bureaukratie innerhalb der Gewerkschaftsverbände, der Kampf um die Erneuerung und Revolutionierung der Gewerkschafen. Die dritte Aufgabe ist die Vorbereitung der Verbände für die bevorstehende Diktatur des Proletariats, für die Organisation der Weltwirtschaft durch das Proletariat auf kommunistischer Grundlage. In allen Ländern müssen zu diesem Zweck Produktionsverbände geschaffen werden, die Zersplitterung der Arbeitermassen durch ihre Zusammenfassung nach Berufen und Zünften muß endlich aufgegeben werden. Radek wendet sich entschieden gegen die Sabotage der Produktionsmittel.

Sitzung vom 5. August.

Sinowjew spricht über die Fragen, wann und unter welchen Bedingungen Arbeiterräte zu bilden sind. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es keine Meinungsverschiedenheiten geben würde. Wo die historischen Vorbedingungen nicht vorhanden sind, dürfen Räte nicht gebildet werden. Zum ersten Male waren im Jahre 1905 in Rußland, in einem Moment, in dem die revolutionäre Bewegung auf ihrem Höhepunkt stand, Räte gebildet worden. Nachdem aber der Zarismus gesiegt hatte, löste sich der Petrograder Rat auf. Die Menschewiki und verschiedene Unabhängige behaupteten, daß die Räte nicht Staatsorganisationen zu werden, sondern Klassenorganisationen zu bleiben hätten. Aber die ganze Geschichte der Räte in Rußland, Deutschland und Oesterreich hat bewiesen, daß sie sich von den Gewerkschaften wesentlich unterscheiden, und daß sie immer dann entstehen, wenn um die Diktatur des Proletariats gekämpft wird. In Deutschland sind die Räte auf der Bildfläche erschienen, als der Kampf entfacht war, als das Proletariat sich auf dem Wege zur Eroberung der Macht befand, und sie sind wieder verschwunden, als die Macht zur Bourgeoisie und zur konterrevolutionären Sozialdemokratie überging.

Die Räteidee ist tief in das Bewußtsein der ganzen Arbeiterklasse gedrungen, und die 3. Internationale hat jetzt nicht die Aufgabe, sie zu popularisieren, sie hat nur die Bedingungen festzulegen, unter denen man an die Organisation von Räten herangehen kann und darf.

Zum Schlusse sagt Sinowjew, daß die Kommunistische Internationale der Vorbote der internationalen Räterepublik sei.

Richtlinien über die Schaffung politischer Arbeiterräte.

1. Arbeiterdeputiertenräte entstanden zuerst in Rußland im Jahre 1905, zur Zeit einer Steigerung der revolutionären Bewegung unter den russischen Arbeitern. Der Petersburger Sowjet machte bereits im Jahre 1905 die ersten instinktiven Schritte auf dem Wege zur Eroberung der politischen Macht. Sobald die zarische Konterrevolution sich kräftigte und die Arbeiterbewegung abzuebben begann, hörte der Sowjet nach einem Siechtum von kurzer Dauer überhaupt zu existieren auf.

2. Als im Jahre 1916 bei Beginn eines neuen revolutionären Aufstieges in Rußland die Idee einer sofortigen Organisierung von Arbeitersowjets entstand, warnte die bolschewistische Partei die Arbeiter vor einer sofortigen Bildung und wies darauf hin, daß die Bildung von Arbeitersowjets nur in dem Moment der Revolution angebracht ist, wenn der unmittelbare Kampf um die Macht auf der Tagesordnung steht.

3. Zu Beginn der Revolution 1917 verwandelten sich die Sowjets der Arbeiterdeputierten in Rußland sofort in Sowjets von Arbeiter- und Soldatendeputierten, sie zogen in den Bereich ihres Einflusses die breitesten Volksmassen und erlangten sofort eine ungeheure Autorität, denn die reale Macht war auf ihrer Seite und in ihren Händen. Als aber die liberale Bourgeoisie sich von der Ueberraschung der ersten revolutionären Schläge erholte, und als die Sozialrevolutionäre und Menschewiki der russischen Bourgeoisie halfen, die Macht in ihre Hände zu nehmen, begann die Bedeutung der Sowjets abzuflauen. Erst nach den Ereignissen vom Juli 1917 und nach dem Scheitern des gegenrevolutionären Feldzuges von Kornilow, als die Volksmassen in Bewegung gerieten, und als der Zusammenbruch der gegenrevolutionären bürgerlich-kompromißlerischen Regierung akut wurde, begannen die Arbeitersowjets wieder aufzublühen und erlangten bald darauf eine entscheidende Bedeutung im Lande.

4. Die Geschichte der deutschen und der österreichischen Revolution zeigt den gleichen Gang. Als die breiten Arbeitermassen sich erhoben, als die revolutionäre Woge besonders hoch stieg, und die Festen der Monarchie der Hohenzollern und Habsburger wegschwemmte, entstanden in Deutschland und in Oesterreich mit Naturnotwendigkeit Arbeiter- und Soldatenräte. In der ersten Zeit war die reale Macht auf ihrer Seite und die Räte waren auf dem Wege dazu, eine tatsächliche Macht zu werden. Als aber infolge einer ganzen Reihe von historischen Umständen die Macht an die Bourgeoisie und die gegenrevolutionären Sozialdemokraten überging, fingen die Räte bald an zu erschlaffen und schrumpften schließlich auf ein Nichts zusammen. In den Tagen des mißlungenen gegenrevolutionären Putsches von Kapp-Lüttwitz begannen die Räte in Deutschland für einige Tage wieder aufzuerstehen, sobald aber der Kampf wiederum mit einem Sieg der Bourgeoisie und der Sozialverräter endete, entschliefen diese Räte, die ihr Haupt zu erheben eben begonnen hatten, von neuem.

5. Die angeführten Tatsachen zeigen, daß zur Schaffung von Sowjets bestimmte Vorbedingungen erforderlich sind. Arbeitersowjets organisieren und sie in Sowjets von Arbeiter- und Soldatendeputierten verwandeln darf man nur bei Vorhandensein von folgenden drei Bedingungen:

a) eines revolutionären Massenaufstiegs unter den breitesten Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen, von Soldaten und der werktätigen Bevölkerung überhaupt;
b) einer derartigen Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krisis, daß die Macht den Händen der früheren Regierung zu entgleiten beginnt;
c) wenn in den Reihen von bedeutenden Schichten von Arbeitern und vor allem in den Reihen der Kommunistischen Partei die erste Bereitschaft ausgereift ist, einen entschiedenen und systematischen und planmäßigen Kampf um die Macht zu beginnen.

6. Beim Fehlen dieser Bedingungen können und müssen die Kommunisten die Sowjetidee systematisch und beharrlich propagieren, sie in den Massen popularisieren, den breitesten Schichten der Bevölkerung beweisen, daß die Sowjets die einzig zweckmäßige Form des Staates als Uebergang zum Kommunismus sind, aber die unmittelbare Organisierung von Sowjets bei einem Mangel der oben angegebenen Bedingungen ist unmöglich.

7. Der Versuch der Sozialverräter in Deutschland, die Sowjets in das allgemeine bürgerlich-demokratische Verfassungssystem einzufügen, erscheint sachlich als Verrat an der Arbeitersache und als Irreführung der Arbeiter. Denn wirkliche Sowjets sind nur als Form der Staatsorganisation möglich, die als Ablösung der bürgerlichen Demokratie kommt, die die bürgerliche Demokratie zerbricht und sie durch eine Arbeiterdiktatur ersetzt.

8. Die Propaganda der rechten Führer der Unabhängigen, die dahin gerichtet ist, die Vereinbarkeit des „Sowjetsystems" mit einer bürgerlichen Nationalversammlung zu beweisen, bedeutet entweder einen völligen Mangel an Verständnis der Entwicklungsgesetze der proletarischen Revolution, oder eine bewußte Irreführung der Arbeiterklasse. Sowjets bedeuten die Diktatur des Proletariats.

Die Nationalversammlung bedeutet die Diktatur der Bourgeoisie. Es ist unmöglich, die Diktatur der Arbeiter mit der Diktatur der Bourgeoisie zu vereinigen und zu versöhnen.

9. Die Versuche einzelner kommunistischer Gruppen in Frankreich, in Italien, in Amerika und England, Sowjets zu schaffen, die keine breiten Arbeitermassen umfassen und die daher in den unmittelbaren Kampf um die Macht nicht einzutreten vermögen, schädigen nur die wirkliche Vorarbeit für eine Sowjetrevolution. Derartige künstliche, treibhausartige „Sowjets" verwandeln sich bestenfalls in kleine Propagandagesellschaften zugunsten der Sowjetmacht, schlimmstenfalls aber können solche mißratenen „Sowjets" nur die Idee der Sowjetmacht in den Augen der breiten Volksschichten kompromittieren.

10. Sowjets ohne Revolution sind unmöglich. Sowjets ohne proletarische Revolution verwandeln sich unabwendbar in eine Parodie auf Sowjets. Wirkliche Massensowjets erscheinen als historisch gegebene Form der Diktatur des Proletariats. Alle aufrichtigen und ernsten Anhänger der Sowjetmacht müssen mit der Sowjetidee sorgsam umgehen und sie in den Massen unaufhörlich propagieren, müssen aber an die unmittelbare Verwirklichung der Sowjets nur bei Vorhandensein der Bedingungen schreiten, die oben angeführt sind.

Diese Thesen werden ohne Debatte angenommen.

Betriebsräte.

Als nächster Redner referiert Radek über die Gewerkschaften und Betriebsrätefrage. Er sagt, daß die anwesenden Amerikaner sich zwar zu den Thesen bekannt hätten, in Wirklichkeit aber Prinzipien durchführten, die dem Inhalt der Thesen vollkommen widersprächen. Die von ihnen in der Kommission eingebrachten Verbesserungen zu den Bedingungen, unter denen die alten Gewerkschaftsverbände bestehen bleiben können, geben die Möglichkeit, in jedem beliebigen Moment aus den Gewerkschaften auszutreten. Eigentlich kommt in ihnen die Idee des Boykotts der alten Gewerkschaften zum Ausdruck.

Radek spricht dann ausführlich über einen Zusatzantrag zu den Thesen, der von der Kommission angenommen worden ist, und der die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften nach der Uebernahme der Macht durch das Proletariat einschränkt. Dieser Punkt richtet sich gegen die Syndikalisten, die der Ansicht sind, daß die Föderation der freien Gewerkschaften nach der Revolution selbständig, ohne den proletarischen Staat, das wirtschaftliche Leben leiten werde. Die Wirtschaftspolitik muß den proletarischen Interessen, die vom proletarischen Staat vertreten werden, vollkommen untergeordnet werden. Zum Schluß sagte Radek, daß dies nicht das letzte Wort der 3. Internationale in dieser Frage war, daß die Arbeiterbewegung jeden Tag neue Organisationsformen, die studiert werden müßten, hervorbrächte.

Das Wort erhält zu diesem Referat Reed, der gegen die ihm von Radek zugeschriebene Sabotagebestrebungen energisch protestiert.

Als nächster Redner erhält das Wort Sinowjew. Er erklärt, daß den englischen und amerikanischen Genossen in dieser Frage keine Zugeständnisse gemacht werden könnten. „Sie halten den Kampf innerhalb der Verbände für eine Unmöglichkeit, weil die Führer und die ganze Verfassung der Verbände konservativ seien. Aber der bürgerliche Staat, dessen Sturz sie vorbereiten, hat ja eine noch konservativere Verfassung. Ueberhaupt schildern die amerikanischen und englischen Genossen die Gewerkschaftsbureaukratie als ein starkes Tier, sie tun das aber nur, weil sie selbst sehr schwach sind. Uesere Losung ist: Zu den Massen! An ihre Spitze! Ihnen den Weg weisen und sich von ihnen nicht loslösen! Ihr sagt", so schließt Sinowjew, „daß die Massen der Gewerkschaftsmitglieder konservativ und gegen Euch seien. Mit wem aber wollt Ihr die Revolution machen, wenn Ihr diese Millionenmassen gegen Euch habt? Wenn wir den Weg beschreiten, auf den die englisch-amerikanische Delegation uns ruft, und die Gewerkschaften verlassen, so werden wir dadurch nur den Herren Legien, Gompers und anderen Verrätern ein Vergnügen bereiten, sie werden uns zurufen: „Glück auf den Weg!" Wir wollen nicht, wie die Pariser Kommune, heldenmütig untergehen, wir wollen siegen, und das kann man nur, wenn man die Massen des organisierten Proletariats hinter sich hat."

Die Debatte schließt, und der Kongreß nimmt mit 57 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung die Thesen an.

Die Schlußsitzung.

Am 7. August fand im großen Stadttheater in Moskau die feierliche Schlußsitzung statt. Die gesamte Arbeiterschaft Moskaus begrüßte den Kongreß als den Vertreter des Weltproletariats. Die Sitzung eröffnete Kalinin (Präsident des Zentralexekutivkomitees), der auf die Befriedigung der Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands hinwies, die durch den gegenwärtigen Kongreß gewissermaßen von einem Teil jener politischen Verantwortung befreit wurden, die bisher das russische Proletariat allein trug. „Wir hofften und wußten es, daß die revolutionäre Energie und Arbeit des russischen Proletariats und unserer Bauernschaft auch vom internationalen Proletariat aufgenommen wird, und daß wir bei ihm Beistand finden würden," führte Kalinin aus und schloß mit dem Wunsch auf baldiges Wiedersehen mit den Vertretern des Weltproletariats in der Kampffront. Kalinin folgten als Redner die Vertreter der schottischen Arbeiter, Palaxer und der finnischen kommunistischen Partei, Meyer, die sehr richtig die räuberische ausbeuterische Rolle Englands im polnischen Ueberfall charakterisierten. Radek begrüßte darauf die Taten der polnischen kommunistischen Partei, die auch darin zu spüren wären, daß die Verzweiflungsschreie der polnischen Schlachta nicht nur gegen die Rote Armee, sondern auch gegen das eigene erwachende Proletariat gerichtet seien. Es folgte Trotzki, unter stürmischen Ovationen vom ganzen Theater begrüßt. Die Lage der Bourgeoisie der westlichen Hauptmächte charakterisierend, wies er auf die Unstimmigkeiten zwischen England und Amerika in der Frage der Seeherrschaftseroberung hin. Zur Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas übergehend, sagte Trotzki, daß es eine hochmütige Lüge wäre, zu behaupten, Europa könnte ohne russische Rohstoffe und russisches Brot und ohne deutsche Technik und deutsche Arbeiterschaft wieder aufgebaut werden. Die politische Lage Europas erörternd, sagte er, daß das Proletariat, das in Form der alten Armee den Krieg durchgemacht hat, in Europa eine neue Bourgeoisie gefunden habe, die hinterlistiger und blutgieriger als je sei. Eine zügellose, goldgierige Bourgeoisie erblickte das bis zum höchsten Grade erbitterte Proletariat. Das Resultat des Zweiten Kongresses ziehend, sagte Trotzki, daß dieser in seinen Beschlüssen die Bilanz der kollektiven Erfahrungen des kämpfenden Proletariats in seinem Ringen mit dem Weltimperialismus klargelegt hat und sich mit einem Manifest an die Arbeiter der Welt wendet. „Was für ein Stolz für die Moskauer Arbeiter", schloß Trotzki seine Ausführungen, „daß die Hände der russischen Arbeiter in der Moskauer Schmiede einen glänzenden, unvergleichlichen Stahl geschmiedet haben. Wir werden uns mit diesem Schwert bewaffnen, wir werden es den Arbeitern der ganzen Welt in die Hände geben mit dem Ruf: „Stoß es dem Weltimperialismus in die Brust!" Dann sprach Sinowjew, der den Willen des Proletariats zu einem internationalen Bund als eine bedeutungsvolle Tatsache der Weltgeschichte bezeichnete: „Dies ist das Wichtigste an der Kampfkraft der kommunistischen Internationale" führte der Redner aus, „die Bewegung ist im Osten geboren, sie wird sich weiter ausbreiten, und es wird sich auf der ganzen Welt keine Macht finden, die sie in ihr Schlepptau nehmen könnte." Sinowjew betont ferner, daß in der Dritten Internationale, im Gegensatz zu der Zweiten, alle ehrlichen proletarischen, revolutionären Organisationen, wenn auch noch nicht vollständig kommunistisch orientiert, willkommen sind, denn sie sind mit uns bereit, mit der Waffe in der Hand das Weltkapital anzugreifen. Den Zerfall des bürgerlichen Europas beschreibend, wies Sinowjew darauf hin, daß in Moskau in einer kurzen Frist Arbeiter verschiedener Länder Europas, Asiens, Amerikas, Australiens in wichtigsten Fragen, trotz der Verschiedenheiten der Kulturen, Geschichten, Traditionen, sich verabredet und den brüderlichen Zusammenhang erzielt hätten, der in jeder Stunde stärker würde. „Wir sind fest überzeugt", schloß Sinowjew, „daß der Zweite Kongreß der Dritten Internationale der Vorgänger des ersten Weltkongresses der Sowjetrepubliken sein wird."

Daraufhin erklärte Sinowjew den Kongreß für geschlossen. Mit feierlichem Gesang der Internationale und revolutionärer Lieder gingen die Delegierten und Gäste auseinander.